

Wochenlohn 50 Pf., monatlich 3,00 M. ...

Der 'Vorwärts' erscheint wochentags ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 57436. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten ...

Donnerstag 23. Januar 1930 Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einpfeilige Kompositionelle ...

Kabinett und Haager Ergebnis.

Einmütige Billigung.

Das Reichskabinett beschäftigte sich unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in seiner gestrigen Vormittags- und Nachmittags-Sitzung mit dem Gesamtergebnis der Haager Konferenz.

Abschließend konnte der Reichskanzler die völlige Uebereinstimmung der Reichsregierung mit der Verhandlungsführung der Delegation und die einmütige Billigung der im Haag erzielten Ergebnisse feststellen.

Die entsprechenden Gesetzesvorlagen werden auf Grund des gestrigen Kabinettsbeschlusses so rechtzeitig dem Reichsrat zugeleitet werden, daß seine Beratungen Anfang nächster Woche beginnen können.

Beginn der Reichstagsarbeit.

Am Young-Plan und Reichsfinanzen.

Der Reichstag, der heute seine erste Sitzung im neuen Jahre hält, wird von der nächsten Woche ab bis zur Osterzeit ein ungeheures Arbeitspensum zu bewältigen haben.

Eine solche Zusammenpressung des Beratungstoffes, wie man sie diesmal erlebt, ist höchst unerwünscht. Sie war aber

infolge des späten Termins der Haager Konferenz unvermeidlich. Nun wird man alles daransetzen müssen, sei es auch auf Kosten der Gründlichkeit, das Reichshaushaltsgesetz rechtzeitig zu verabschieden.

Sachlich werden die Finanzprobleme und die mit ihnen zusammenhängende Reichsbank-Angelegenheit Anlaß zu schweren Auseinandersetzungen geben. Rechtsstehende Organe sehen bereits als ihre Folge eine parlamentarische Krise und das Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung voraus.

Auch wir halten den Ausbruch einer Krise nach der Erledigung des Young-Plans nicht für unwahrscheinlich, meinen aber nicht, daß der Rückweg in eine resignierende oder abwartende Stellung das Ziel der Sozialdemokratischen Partei sein könnte.

Zunächst aber handelt es sich darum, für die Räumung der dritten Zone und die Erleichterung der Reparationslasten entsprechend den Beschlüssen vom Haag die parlamentarischen Voraussetzungen zu schaffen.

Fortschritte in London.

Mißverständnisse beseitigt.

London, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Delegierten zur Flottenkonferenz verbrachten den Mittwoch in inoffiziellen, jedoch, wie von ununterrichteter Seite verstantet, nicht weniger wichtigen Besprechungen. Eine große Reihe von Mißverständnissen,

die sich dank einer gewissen Herosität der Delegierten in den letzten 24 Stunden einzustellen schienen, soll aus dem Wege geräumt worden sein.

Die Besprechungen zwischen Macdonald und den Amerikanern haben eine weitere Klärung hinsichtlich des Schlachtschiffbaues gebracht und gezeigt, daß sich in dieser Frage der englische und der amerikanische Standpunkt enger betühren als man bisher angenommen hatte.

Der wichtigste Punkt, über den am Mittwoch eine allgemeine Uebereinstimmung erzielt wurde, bezieht sich auf die Dauer des Flottenabkommens, das man von der gegenwärtigen Konferenz erwartete.

zu betrachten sei, das nach verhältnismäßig kurzer Zeit wieder revidiert werden kann.

Spanische Studenten rebellieren.

Ro'e Fahne auf der Universität.

Madrid, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Die Studenten der Universitäten Murcia, Salamanca und Madrid sind in den Streik getreten, weil die Regierung angeblich beabsichtigt, die Studenteneinigungen aufzulösen.

Es ist noch nicht zu erkennen, ob diese Studentendemonstration der Anfang eines Volksaufstandes gegen die Diktatur ist. Primo de Rivera, der eben seinen Finanzminister als Sündenbock für die beträchtliche Wertverminderung der Pesetawährung in die Wüste schickte, hat auch erst wieder das Ende der Diktatur für die nächste Zukunft angekündigt.

KPD-Oberbürgermeister in Solingen.

Im dritten Wahlgang gewählt.

Sollagen, 22. Januar.

In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde im dritten Wahlgang der kommunistische Stadtorordnete Hermann Weher mit 27 Stimmen der Kommunisten und der Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister von Groß-Solingen gewählt.

Ein Mann der Arbeit.

Zur Erinnerung an Max Quard.

Von Simon Katzenstein.

Arbeit fad im ihremmich Gesicht. Arbeit faden sine trugen Häm'n. Fröh Reuter.

Wenn die Sozialdemokratie sich eine Partei der Arbeit nennt, so ist damit nicht nur eine Vertretung der Lohnarbeiterinteressen gemeint. Sie drückt damit eine ganze Lebensanschauung aus: den Aufbau der menschlichen Gesellschaft und ihren planvollen Ausbau durch die unermüdete, ordnungslos wirkende Menschenkraft.

Wie viele unserer Vorkämpfer kam er vom Bürgertum her. Wie mancher von uns war er ein gemäßigter Referendar. Geboren am Fuße des Trüppfels in Schwarzburg, wandte er sich dem Rechtsstudium im Rudolstädter Kleinstaat zu.

Nach seiner Maxregelung fand er zunächst bei der demokratischen 'Deutschen Zeitung' in Wien Stellung als Redakteur und kam später an die 'Frankfurter Zeitung' Sonnemanns, die für so manchen Sozialdemokraten eine Stätte der Uebung und der Erkenntnis der Grenzen der Demokratie im kapitalistischen System gewesen ist.

Inzwischen war Quard schon lange in Verbindung mit der Partei. Schon 1885 war seine Schrift: 'Die Arbeiterkategorie' erschienen, eine ebenso sachkundige wie einschneidende Verteidigung des von der stark gewordenen Reichstagsfraktion 1885 eingebrachten Entwurfs.

Seine Hauptziele aber war die Sozialpolitik in ihrem weitesten Umfang. Seit er 1893 einer der Veranlasser des Frankfurter 'Sozialen Kongresses' war, der sich zuerst planmäßig mit Arbeitslosigkeit und Arbeitsnachweis befaßte, gewesener, riß die Verbindung mit den Führern der Gewerkschaftsbewegung nicht mehr ab.

Nicht viel anders ging es mit anderen Vorschlägen Quards. 1896 hatte die Parteipresse wider von den 'dunklen Plänen der Generalkommission', unter denen man ein angebliches Streben Legiens und v. Cims nach einer Loslösung ihrer Arbeit von der der Partei verstand.

wunderbaren Sinn für Arbeitsorganisation zu einem großen Tageblatt modernen Gepräges auszubauen verstand. Daneben begründete er die „Waffenkammer“, eine Sammlung verschiedener Schriften aus der Geschichte der Partei, in der er selbst zahlreiche Beiträge veröffentlichte. Aus dem einen*) ist seine große Geschichte: „Die erste deutsche Arbeiterbewegung“ (Leipzig, G. V. Hirschfeld, 1925) hervorgegangen.

Wieder ein neues Arbeitsfeld, das allein einen ganzen Mann hätte ausfüllen können, war die Gemeindepolitik. 1900 wurde er Stadtverordneter. Wissenschaftlich und praktisch vorbereitet wie selten einer, wußte er sich als einziger Sozialdemokrat unter 64 durchzusetzen. Wie viele sachlich gegründete Politik wußte er zu üben, wie viele brauchbare Vorschläge zu machen! Wie es überhaupt eine besondere Eigenart Quards war, wie ich sie in dieser Vollenbung kaum wieder getroffen habe. Er schrieb und sagte selten etwas, was nicht in praktische, der Kritik standhaltende Vorschläge ausmündete.

Seit 1898 Kandidat des Wahlkreises Wiesbaden, kandidierte er 1907 für Frankfurt a. M. zum Reichstag, unterlag aber dem bürgerlichen Sammellandidaten, dem Fortschrittler Dejer. 1912 zog er in den Reichstag ein, nach dem Umsturz Beigeordneter im Reichsamt des Innern, dann Mitglied der Rationalversammlung und zweiter Vorsitzender des Verfassungsausschusses. Hier gehörte er zu den eifrigsten Arbeitern, war Berichterstatter im Ausschuss („Das Reich“) und in der Vollversammlung (Reichsverwaltung), bis das Kompromiß in der Schulfrage, das wir notgedrungen, um nach dem Rückzug der Demokraten aus der Regierungsmehrheit die Verfassung zustande zu bringen und die katholischen Randgebiete beim Reich zu erhalten, dem Zentrum zugefallen hatten, ihm die weitere Mitarbeit verleidete.

Von da an trat er politisch nicht mehr viel hervor. Er gehörte noch zu dem Ausschuss, der das Örtliche Programm vorbereitete (ich traf ihn zuletzt im Unterausschuss für die Verfassung, wo er gemeinsam mit Edmund Fischer für Deutschland ganz neuartige, von englischen Vorbildern abgeleitete, fruchtbare Gedanken über das Verhältnis von Staat und Gemeinden vertrat). Im übrigen lebte er fast nur noch von schriftstellerischer Arbeit. Nach seiner Geschichte der ersten Arbeiterbewegung war sein letztes großes Werk der erste Band einer Geschichte des Deutschen Verkehrsbandes: „Die Entwicklung des Handels, Transports und Verkehrs in Deutschland“, die im Herbst 1929 in der Verlagsanstalt Courier erschienen ist. Es ist ein Bekenntnis, wenn er da im Vorwort erzählt: „Der Deutsche Verkehrsband hat den Unterzeichneten zur Abfassung der beiden Bände (der zweite sollte die Geschichte des Verkehrs behandeln) berufen. Es war ihm mehr als eine wissenschaftliche Aufgabe, sondern fast eine Herzenssache, den Versuch zu machen, die Vergangenheit und Gegenwart der Verkehrs- und Transportgewerbe und ihrer Gewerkschaftsorganisation zu schildern, zu der er in seinem politischen Leben und Wirken vielfache praktische Beziehungen hatte. Denn er kämpfte an der Seite der Handlungsgehilfen, Handelsarbeiter, Straßenbahner und Eisenbahner früher um deren Geltung innerhalb der deutschen Volkswirtschaft und erlebte die Erzielung mächtiger Stufen ihrer gewerkschaftlichen und politischen Entwicklung persönlich.“ Hinter der schlichten Darstellung verbirgt sich eine tiefgründige Gelehrsamkeit, und ein klarer Blick für das lebendige Werden kommt darin zum Ausdruck.

Kurz vorher gab er noch ein anderes Denkmal seines geistigen Reichtums heraus: „Sozialistische Kultur- und Bildungsarbeit“, ein Programm zu den Verhandlungen des sozialistischen Kulturtags in Frankfurt. Wie tief ihn die Aufgaben der Bildungsarbeit im Innersten bewegten, hatte er schon neben manchem kleineren Aufsatz in der sehr wertvollen Abhandlung: „Kommunale Schulpolitik“ (in der Sammlung „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“, 1906 erschienen) bewiesen. Hier bringt er in einem Beitrag: „Sozialistische Persönlichkeitskultur“ noch einmal tief innerliche Empfindungen zum Ausdruck, predigt Ritterlichkeit gegen die Frau, Kameradschaft unter den Genossen. „Mögen mir weitere Genossen helfen, unsere Persönlichkeitsbildung in diesem Sinne, im Sinne des edelsten und besten Gemeinfinns, zu beeinflussen. Ausgenommen von der großen Kulturbewegung der sozialistischen Arbeiterschaft und ihren Organisationen, werden sich unter Bemühungen um Vereblung des sozialistischen Menschen ebenso sicher lohnen wie unsere politischen Anstrengungen!“

Aber seine Zeit war abgelaufen. Aufbauend auf einer mit unergieblicher Sorgfalt und Blamhaftigkeit geschaffenen Stoffsammlung hatte er das ganze Gebiet sozialpolitischer Kampfes- und Schaffensarbeit durchgemessen. Für Millionen, die nie von ihm wußten, hat er, der viele Jahre Arbeit leistete, die nachher von ganzen Büros bewältigt wurde, im Kampf um Arbeiterchutz den Grund zum Reichentum gelegt. Unendliches in Begründung und Ausübung der Wohlfahrtspolitik geleistet. Und in Verfassung, Wissenschaft, Bildungsarbeit erkannte er die Krönung eines Wirkens, das doch nur Grundlegung sein sollte zum Sozialismus. Eine rauhe Kampfart, schonte er auch den Genossen nicht im Meinungsstreit. Aber sein Herz war weich, seine Hände waren rein. So ist er eine Verlebenswürdigkeit des Bismarckes: „Wenn es löstlich ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen.“

Krach um die Hafentanzplätze.

Wo gehören sie im Reichstag hin?

Der Kabinettsrat des Reichstags hielt am Mittwochmittag eine Sitzung ab, die sich lediglich mit der Neuverteilung der Sitze in den Ausschüssen und der Plätze im Plenarsaal beschäftigte. Die Neuverteilung ist durch den Zusammenschluß der Christlich-nationalen Bauernpartei und der Deutschnationalen Arbeitergemeinschaft zu einer Fraktion notwendig geworden. Die neue Fraktion erhält ihre Plätze zwischen den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Bei dieser Gelegenheit ist zwischen den Parteien ein Streit über die Plätze der Nationalsozialisten entstanden. Einige Parteien, insbesondere die Deutsche Volkspartei, verlangen, daß diese Gruppe ihre Plätze entsprechend ihrer parteipolitischen Stellung auf der äußersten Rechten, also nach rechts von den Deutschnationalen, erhält. Aber diese Frage ist eine Einigung noch nicht erzielt worden. Bei der Neuverteilung der Ausschüsse sind der neuen Fraktion die ihr entsprechend ihrer Stärke zustehenden Sitze zugewiesen worden. Zu dem Arbeitsplan des Reichstages für die nächsten Tage hat der Kabinettsrat keine neuen Beschlüsse gefaßt.

*) „Die Arbeiterverbrüderung“ 1848/49.

Der Bürgerblock in Württemberg.

Die Sozialdemokratie fragt nach den Bedingungen des Ruhhandels.

Stuttgart, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Das württembergische Staatsministerium hat geglaubt, die Tatsache der Erweiterung der Regierungskoalition dem württembergischen Landtag durch den Zutritt zweier Parteien lediglich durch ein kurzes Schreiben seiner Kanzlei mitteilen und sich um eine politische Begründung des Vorgangs drücken zu können. Das ist von der sozialdemokratischen Fraktion durch folgende Anfrage im Landtag durchkreuzt worden:

I. Welche Folgen ergeben sich aus der Regierungserweiterung für die grundsätzlichen Richtlinien der Regierungspolitik, insbesondere für die Stellung der Regierung zu der Außenpolitik der Reichsregierung, zu den Fragen der Reichsreform, der Wirtschaftspolitik, der württembergischen Verwaltungsreform und der Schulpolitik, vor allem in bezug auf die Durchführung des achten Schuljahres und der Lehrerbildungsreform? Welche Zusicherungen sind den beiden zur Regierungskoalition hinzugezogenen Parteien in diesen Fragen bei der Regierungserweiterung gegeben worden?

II. Auf welcher verfassungsrechtlichen Grundlage beruht die neue Einrichtung des ehrenamtlichen Beirats des Staatsministeriums? Wie verträgt sich die Einrichtung des ehrenamtlichen Beirats mit der Bestimmung des § 26 der Landesverfassung, daß die Staatsleitung durch den Landtag dem Staatsministerium übertragen wird, in Verbindung mit Artikel 1 des Gesetzes über das Staatsministerium und die Ministerien, wonach das Staatsministerium aus den Ministern besteht und die Zahl seiner

Mitglieder auf fünf beschränkt ist? Welche Befugnisse sind dem ehrenamtlichen Beirat eingeräumt? Wodurch unterscheidet sich seine Mitarbeit in den Sitzungen des Staatsministeriums von der der Ministerialreferenten, die zu den Sitzungen zur Auskunftsverleihung zugezogen werden? Welche Auswirkungen wird die Einrichtung des ehrenamtlichen Beirats auf die nach § 36 der Verfassung dem Minister auferlegte Pflicht haben, die Geschäfte seines Ministeriums unter eigener Verantwortlichkeit, soweit nicht das Staatsministerium zuständig ist, zu führen? Aus welchem Etatstitel werden die Entschädigungen des ehrenamtlichen Beirats bestritten und wie hoch sind sie?

Payers Protest.

Zum Protest des Ehrenvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Partei, Friedrich Payer, gegen den Eintritt der Württemberger Demokraten in die dortige Regierungskoalition erzählt der „Demokratische Zeitungsdienst“, daß der Reichsvorstand der Deutschen Demokratischen Partei bei seiner nächsten Sitzung am 15. Februar sich mit der Angelegenheit beschäftigen wird. Die Führer der Württemberger Demokraten werden zu der Sitzung eingeladen; Vizkanzler a. D. Payer gehört in seiner Eigenschaft als Ehrenvorsitzender dem Parteivorstand an. Die Reichsparteileitung der Deutschen Demokratischen Partei hat bisher keine Gelegenheit gehabt, zu dem Beschluß der Württemberger Demokraten Stellung zu nehmen, da zu der entscheidenden Sitzung am letzten Sonntag kein Vertreter der Reichsparteileitung zugezogen war. Vizkanzler a. D. Payer hat inzwischen seinen Entschluß, nur mehr bei der Parteizentrale als Reichsmitglied organisiert sein zu wollen, der Parteileitung mitgeteilt.

Das Spiel mit dem Aufstand.

Sowjetpresse treibt deutsche Kommunisten an.

Moskau, 22. Januar. (Ost-Expres.)

Im Zusammenhang mit den Demonstrationen der Arbeitslosen und den Unruhen in Berlin, Worms und Chemnitz ergreift sich die ausführlich darüber berichtende Sowjetpresse jetzt viel in Betrachtungen über die Zuspitzung der Lage und den „revolutionären Aufschwung“, der in Deutschland zu bemerken sei. Die „Leningradskaja Prawda“ spricht von einem „Eintreten der KPD. in eine revolutionäre Kampagne“ und zugleich von einem „Programm der Bourgeoisie“, welches auf eine Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiterklasse und im Endziel auf die Unterdrückung der kommunistischen Partei gerichtet sei. Dadurch entsteht nach der von dem Sowjetbist vertretenen Meinung in Deutschland eine „unmittelbar revolutionäre Situation“. Der Gang der Ereignisse rüde diese Situation „unerlässlich“ immer näher, und sie werde aus einer bisher nur entfernten Möglichkeit zur „aller nächsten Stunde im Klassenkampf in Deutschland“.

Die Äußerungen der Sowjetpresse entsprechen dem vom KKK vorgezeichneten Plan. Im vorigen Jahr stellte das KKK fest, daß die „unmittelbare revolutionäre Situation“ noch nicht gegeben sei, aber herannahe. Es gab einstweilen zur Vorbereitung die Parole politischer Massenstreik aus.

Rückblick mit Jahresbeginn hat die deutsche kommunistische Presse begonnen, die Parole „politischer Massenstreik“ täglich nachzubeten. Es ist zwar nichts daraus geworden und wird nichts daraus werden, aber es wird befehlsgemäß gedruckt.

Die revolutionäre Gymnastik mit Kombimethoden folgt nach, die Staatsgewalt schreiet ein, die kommunistische Presse schreit noch lauter, und in Ruhland konstatiert man befriedigt: „unmittelbar revolutionäre Situation“. Der Grad der Hysterie der kommunistischen Zentrale und ihrer Presse ist noch immer das Fieberthermometer der bolschewistischen Herste gewesen, die der Weltgeschichte den Puls fühlen, weil sie die Weltrevolution erwarten. In diesem Unfuss ist allerdings eine Gefahr: daß der falschen Diagnose ein bößfünftiges Rezept folgt, auf die Konstatierung der „unmittelbar revolutionären Situation“ der Befehl zum unmittelbaren revolutionären Aufstand.

So könnte aus der Farce das Verbrechen werden! Am Ende steht dann die Zahl der Toten und Verletzten, die Zahl der Zuchthausstrafen und die Stärkung des Rechtsradikalismus. Die falsche Moskauer Diagnose wird dann mit der Konstatierung beiseite geschoben werden, daß die KPD. nicht bolschewistisch genug sei, eine Führergarnitur wird abgelagt und dann beginnt das Spiel von vorne.

Die russische Presse läte besser, sich um die Situation in Stalin-Ruhland zu kümmern!

Die Sehnsucht nach der Illegalität.

Der „Soz. PresseDienst“ schreibt: Die kommunistische Partei befreit nach wie vor, daß sie eifrig dabei ist, sich auf illegale Tätigkeit einzustellen und ihr ein Verbot sogar willkommen wäre. Sie befreit das, obwohl nichts leichter als das Gegenteil bewiesen werden kann.

Im Jahre 1929 habe die kommunistische Partei z. B. in Rundschreiben an ihre Unterorganisationen darauf hingewiesen, daß es darauf ankomme, die Partei auch für die Zeiten illegaler Betätigung vorzubereiten. In einem derartigen Rundschreiben heißt es, die kommunistische Partei müsse ihre Mitglieder immer wieder prüfen, um zu verhindern, daß Parteischädlinge eindringen. Die Verlegung des Schwergewichts der Partei aus den Wohnbezirken in die Betriebe solle die innere Sicherheit der Partei erhöhen. Dem die Angehörigen der Zellen würden sich kennen und täglich zusammenkommen. Das proletarische Element stünde dann im Mittelpunkt der Organisation. Die Betriebszelle sei in illegalen Perioden unzerstörbar, weil sie von vornherein konspirativ arbeiten müsse.

Zwecks Vorbereitung der illegalen Arbeit hat die kommunistische Partei schon im Jahre 1929 Richtlinien aufgestellt

und ihre Unterorganisationen angewiesen, die Funktionärsauswahl folgendermaßen vorzunehmen: Funktionen sollen nur den Mitgliedern gegeben werden, die sich als Parteigenossen bei der Kleinarbeit bewährt haben. Leitende politische Funktionen sollen abhängig vom Parteiamt und einwandfreier Funktionärsvergangenheit sein. Illegale verantwortliche Funktionen dürfen nur ausgeübt werden von Mitgliedern, die mindestens fünf Jahre in der Partei sind, die den Nachweis zur Ausübung der Funktion erbringen, über illegale Schulung verfügen und politische Erfahrung besitzen. Auf die konspirative Schulung soll besonderer Wert gelegt werden. Sie bestehe darin, daß die Partei lernt, im Geheimen zu arbeiten, ohne sich dem Gegner gegenüber eine Blöße zu geben, dabei aber enge Fühlung mit den Massen zu behalten und aktiv bewaffnete Aufstände vorzubereiten.

Militärische Schulung sei notwendig. Die Vorbereitung für die Illegalität und die illegale Arbeit müsse schon in den legalen Perioden geleistet werden. Dazu gehöre die Instruktion der Funktionäre über ihr persönliches Verhalten, über die Vorbereitung illegaler Quartiere, Häres, Verbindungen usw. Während der Legalität müsse die gesamte Partei mit der Notwendigkeit der illegalen Arbeit vertraut gemacht werden, damit bei Verhinderung illegaler Arbeit eine Reihe bestimmter Verhaltensmaßnahmen beobachtet werden können.

Auch auf dem Reichsparteitag der KPD. im Juli 1929 war die Vorbereitung auf die Illegalität im engeren Führerkreis Gegenstand der Erörterungen. Damals wurde betont, daß es wichtig sei, Sicherheitsmaßnahmen einzuleiten und auszubauen, die die vollständige Weiterführung der Parteiarbeit im Falle des Verbotes garantierten.

Diese Auszüge aus Rundschreiben der KPD. können wir auf Wunsch beliebig vermehren. Ein Zeichen, daß man sich trotz aller Zellenarbeit der KPD. über die Ziele und Absichten der kommunistischen Partei nach wie vor genau informieren kann und viele Zellenbauer es mit den vertraulichen Rundschreiben ihrer Zellenleiter in Berlin nicht so genau nehmen. Andererseits aber zeigen die Rundschreiben durchweg,

daß die kommunistische Partei nicht nur mit einem Verbot rechnen, sondern selbst in der Illegalität ihre Zukunft sieht.

Deshalb die Sehnsucht nach einem Verbot der eigenen Partei und deshalb wiederum der Ton der kommunistischen Presse und die verbrochene Taktik der KPD., deshalb auch die Veruche, ahnungslose Arbeiter mit der Polizei in Konflikt zu bringen.

Kommunistin würgt einen Schupo.

In Untersuchungshaft genommen.

Chemnitz, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Am Dienstag wurde die hiesige kommunistische Stadtverordnete Erna Knoth verhaftet. Sie wird beschuldigt, bei den Unruhen in Hartmannsdorf den Führer des Polizeikommandos am Hals gewürgt zu haben, während andere Kommunisten auf ihn mit Faustschlägen und Steinen einschlugen. Die Verhaftete befindet sich in Untersuchungshaft.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags beschloß am Mittwoch auf Antrag des Reichsinnenministers, die Immunität des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Bürgermeisters von Berlin-Schöneberg Berndt, aufzuheben. Gegen Berndt soll auf Antrag der preussischen Regierung ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden, weil er sich anlässlich des Volksbezahrens geweigert hat, dem Erlass des preussischen Innenministers an die ihm unterstellten Beamten weiterzuleiten. Berndt selbst trat für die Aufhebung ein, damit das für die gesamte Beamenschaft wichtige Verfahren durchgeführt werden könne.

Hergt gegen Hugenberg. Aus deutschnationalen Kreisen verlautet, daß der Mitbegründer der Deutschnationalen Partei und frühere Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, der Reichstagsabgeordnete Hergt, es abgelehnt hat, über seinen Wahlkreis hinaus agitatorisch für die deutschnationale Partei tätig zu sein. Ursache ist der Hugenberg-Kurs.

Der Forstetat im Landtag.

Reaktionäre Forstbeamte gegen Landwirtschaftsministerium.

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch die zweite Lesung des Etats der Forstverwaltung zu Ende geführt. Die Abstimmung über den Haushalt soll Donnerstag, den 23. Januar, statt finden.

In der darauffolgenden zweiten Lesung des Etats der Forstverwaltung vertrat als erster Redner der sozialdemokratische Abg. Gröbner die Interessen der Forstarbeiter. Dabei hat die Staatsforstverwaltung, die als Behörde Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen sollte, nicht den Grundgedanken für sich gelten lassen, daß bei Lohnstreitigkeiten freie Vereinbarungen den Schlichterverfahren vorzuziehen sind. Dafür ist allerdings weniger der Landwirtschaftsminister verantwortlich zu machen, dessen ausdrückliche Verfügung, daß Arbeitsverträge durch Vereinbarung mit den Forstarbeitern festgesetzt werden sollen, von vielen Forstbeamten nicht befolgt werden. Der Redner brachte eine ganze Anzahl begründeter Beschwerden vor, aus denen hervorgeht, daß Forstbeamte den Waldarbeitern nicht nur diktatorisch Stücklohnsätze aufgezwungen, sondern diese sogar noch herabgesetzt haben. Organisationsfeindliche Beamte haben nicht nur versucht, Forstarbeiter zum Austritt aus der Organisation zu bewegen, sondern Organisierte, die auf Durchführung gefällter Schlichterverfahren bestanden, nach dem bekannten Rezept wegen angeblichen Arbeitsmangels abgebaut. Darüber hinaus konnte der Redner auch den Beweis erbringen, daß ein rechtsangelegter Oberförster die ihm unterstellten Forstarbeiter gezwungen hat, sich für das Volksbegehren einzusetzen.

Gegen die Forderung nach höheren Löhnen für die Forstarbeiter wendete sich natürlich ganz energisch der Vertreter der deutschnationalen Fraktion, Graf von Garnier, der durch Erhöhung des Stundenlohnes um 3 Pf. schon die ganze deutsche Waldwirtschaft und vor allem den privaten Forstbesitz gefährdet sah.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger konnte feststellen, daß der Reichsarbeitsminister einen Schlichterspruch gefällt hat, gegen den auch der Finanzminister keinen Einspruch erhoben hat. Der geringere Reinertrag der Forstverwaltung im letzten Jahr erklärt sich aus der Einengung der Bauwirtschaft. Fast alle Redner der bürgerlichen Parteien wendeten sich deshalb auch gegen die Einführung von Holz aus fremden Ländern.

Die Weiterberatung des Forstetats wurde auf Donnerstag, den 23. Januar, vertagt.

Young-Plan und Finanzreform.

Ein Vortrag von Universitätsprofessor Dr. Bonn.

Im Verein Berliner Kaufleute und Industrieller sprach gestern im Saale des ehemaligen Herrenhauses Universitätsprofessor Dr. Bonn zum Thema Reparationen, Reichsfinanzen und Reichsbank.

Von ganz besonderer Bedeutung sei die Wiederherstellung der unbeschränkten Staatshoheit auf dem Gebiete der Finanzpolitik. Freilich habe das auch die Wirkung, daß man sich nicht mehr auf angebliche Eingriffe des Reparationsagenten berufen könne, noch auch auf die rücksichtslose Ausrichtung der Young-Plan in allen Fällen eine sehr fähigere Entlastung. Und vor allem sei die große Entlastung in den ersten zehn Jahren wirtschaftlich geradezu entscheidend. Jetzt, wo alle Rücksichtnahmen, berechnete oder unberechnete, auf die Reparationspolitik überflüssig seien, müsse der neue Finanzminister rücksichtslos alle Karten offen auf den Tisch legen. Die Ersparnisse des Young-Planes sollten zuerst einmal zur Schuldentilgung und Deszolidierung verwendet werden. Von einer Steuerentlastung sei relativ die geringste Wirkung auf die Kapitalbildung zu erwarten. Entscheidend sei, daß der Staat bei einer Steuerentlastung, die auch eine Ausgabenentlastung bedeute, erheblich weniger Aufträge erteilen könne.

Das Zentralproblem der Steuerpolitik sei aber die Anleihepolitik. In der Tat sollte — das gilt ebenso für die private wie für die öffentliche Wirtschaft — jede Anleihe ausgeschlossen sein, die nicht in sich die Verzinsung und Tilgung gewährleistete. Sei doch das Unerhörte vorgekommen, daß aus sogenannten werdenden Anleihen im Jahre 1927 nicht nur Kriegsschiffe gebaut, sondern auch die Armierung von Kriegsschiffen beschafft worden sei. Der Kapitalmangel komme vielfach nicht daher, daß man zu wenig Geld habe, sondern daß man bei der unsystematischen Rationalisierung für technische Phantasieren vielfach zu viel Geld verschleudere. Wenn hier die Wirtschaft den Gemeinden und dem Staat mit gutem Beispiel vorangehe, wird die Wirtschaft auch für ihre Wünsche Verständnis finden. Von der Arbeiterklasse und von den Gewerkschaften könne man nicht mehr kapitalistisches Verständnis verlangen als von der privatkapitalistischen Wirtschaft selbst.

Die Reichsbank soll gemäß die Währung schützen. Der Schutz der Währung hänge aber in allererster Linie von einer soliden Finanzpolitik ab. In der Vermeidung von Defizits und von schwelgenden Schulden sei die beste Garantie für den Schutz der Währung gegeben, die auch ein Eingreifen der Reichsbank überflüssig mache.

Japanischer Absolutismus.

Ausschaltung der Linksparteien von den Wahlen.

Tokio, 22. Januar.

Der japanische Geheimrat erklärte, daß zu den Kandidaten des Parlaments im Februar nur solche Parteien zugelassen würden, die auf dem Standpunkt der Verfassung und frei zur Monarchie ständen, so daß hierdurch die links stehenden sozialistischen und kommunistischen Parteien von der Wahl ausgeschlossen würden.

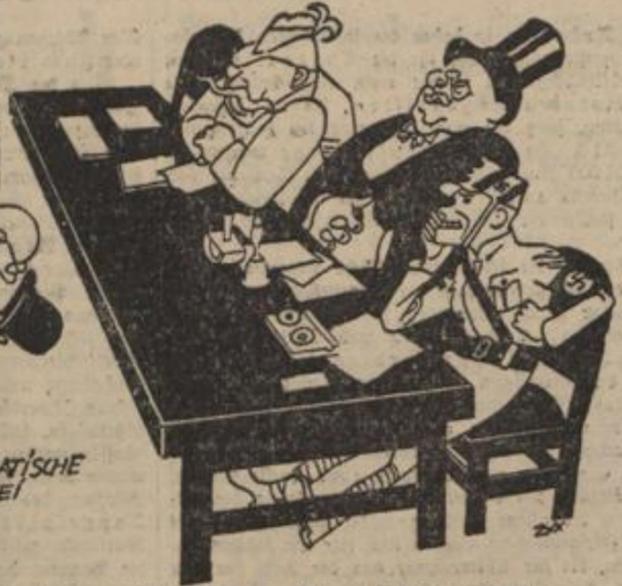
Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Mittwoch einen Bericht des Reichsaussenministers Dr. Curtius und des Reichsfinanzministers Dr. Rosenbauer über die Verhandlungen der Haager Schlichterkonferenz entgegen, der von der Fraktion beifällig aufgenommen wurde. Eine Diskussion fand nicht statt. Die Fraktion beschäftigte sich dann eingehend mit dem Sanktionsplan gegen die Kräfte der Kräfte, deren erste Lesung am Donnerstag im Reichstag stattfinden soll.

Monken dankt der Reichsregierung. Nach Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China sowie England ist die Vertreibung der Sowjetrußen durch Deutschland in den beiden genannten Ländern erfolgt. Die sowjetrußische Regierung hat der deutschen Regierung ihren wärmsten Dank ausgesprochen.

Jahresrückblick polnische Soldaten. Beim Ueberqueren der polnischen Grenze bei Rumbowick in Pommern wurden fünf polnische Aktivistinnen der Garnison Graudenz in Uniform festgenommen. Die Soldaten gaben an, wegen schlechter Behandlung und Verpflegung schmerzhaft geworden zu sein.



Payers Austritt.



Der eine fragt: Was kommt danach?
Der andre fragt nur: Ist es recht?

Und also unterscheidet sich
Der Freie von dem Knecht! Sturm.

Die falschen Wechsel der Sowjetmission.

Widersprüche im Pariser Prozeß.

Paris, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Im Litwinof-Prozeß erklärte der Angeklagte Joffe, dem damaligen Chef der russischen Handelsdelegation Lurof insgesamt 600 000 Mark für die sieben Wechsel gezahlt zu haben, von denen 300 000 Mark von Liborius stammten (dem dritten Angeklagten im Prozeß), 200 000 Mark von einem Zeugen im Prozeß und 100 000 Mark von Alschik, der flüchtig ist. Im Laufe des Verfahrens macht der Vorsitzende Joffe daraus aufmerksam, daß er sich wiederholt in Widersprüche mit den Aussagen von Alschik und mit seinen eigenen früheren Bekundungen verwickelt.

Zu diesem Prozeß interessieren

zwei Briefe des Volkskommissars Litwinof an seinen Bruder Saweli:

Am 14. April 1927, also bereits nach den Fällungen, hat der Volkskommissar seinen Bruder, der angeblich schon 1926 den Sowjetdienst zu quittieren gezwungen war, dem Leiter der Berliner Handelsvertretung, Segge, aufs wärmste empfohlen. Hier der Wortlaut dieses Briefes:

Sehr geehrter Karl Mikolajewitsch!

Mein Bruder Saweli Maximowitsch hat mir die Abschrift seines Briefs an Sie übermittelt. Ich bin gewohnt, meine persönlichen Empfehlungen und Bittgesuche in Bezug auf meine Bekannten auf das allerärmstwertigste Maß zu beschränken. Ich erlaube mir jedoch, mich in Ihrem Briefwechsel mit Saweli Maximowitsch aus folgenden Gründen einzumischen:

1. Der Genosse Keusenmann und die anderen Kreisgenossen aus der Arbeiter- und Bauerninspektion, wie auch die Zentrale Kontrollkommission haben sich wiederholt in ihren Eingaben darüber ausgehalten, daß die Sowjetinstitutionen im Ausland Mitarbeiter unzulässigweise von einer Arbeit zur anderen verschieben. Dieses hin und her hat tatsächlich ein großes Ausmaß angenommen. Ich selbst habe fast täglich Gelegenheit, Fälle von Mitarbeitern des Handelskommissariats zu unterschreiben, die an verschiedene Handelsvertretungen, darunter auch an die in Berlin, abkommandiert werden. Es muß daraus der Schluß gezogen werden, daß auch

die Berliner Handelsvertretung nach wie vor neuer Mitarbeiter bedarf.

Da will es mir scheinen, daß es nicht nur recht und billig, sondern auch den Interessen der Sache gemäß wie auch sparsam wäre, in erster Linie das tauglichste Menschennaterial in Anspruch zu nehmen, das an Ort und Stelle zu finden ist.

Saweli Maximowitsch verfügt über eine fast 20jährige Geschäftspraxis und wurde von sämtlichen Firmen, bei denen er gearbeitet hat, stets sehr geschätzt. Ich weiß auch von verantwortlichen Genossen, daß er

in den Sowjetinstitutionen, in denen er nach der Oktoberrevolution gearbeitet hat, äußerst geschätzt

wurde. Der gleichen Ansicht über ihn waren sowohl der Genosse Stomonjakof (der frühere Leiter der Berliner Handelsvertretung, Red.) und der Genosse Abramow (früherer stellvertret. Leiter der Berliner Handelsvertretung, nachheriger Leiter des Arkos in London, Red.). Unter solchen Umständen scheint es mir ein wenig

eigenförmlich und unverständlich, daß die Berliner Handelsvertretung nicht in der Lage ist, sich seine Anwesenheit in Berlin zunutze zu machen, während man aus Moskau immer wieder neue Kräfte kommen läßt.

2. Das Volkskommissariat für Handel hat Saweli Maximowitsch zweifelslos unrecht getan. Er wurde seines Postens in Moskau enthoben, man veranlaßte ihn, ins Ausland zu gehen, Wohnung und Möbel aufzugeben usw. Niemand anders als der stellvertretende Leiter der Handelsvertretung hat ihn dazu überredet. Zwei Monate später erhielt er die Anweisung, nach Moskau zurückzukehren; man rechnete dabei nicht mit den Schwierigkeiten des Aufbaus einer neuen Wohnung in Moskau; die Familie meines Bruders besteht aus sechs Personen.

3. Angehts meiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu ihm wäre es

ganz besonders blamabel, wenn er, durch die Not gezwungen, dem Sowjetdienst den Rücken kehrt

und in private Dienste träte. Das würde unseren Feinden nur zu allerlei Gerüchten Nahrung bieten.

Ich zweifle nicht daran, daß Sie meine Darlegungen für genügend begründet halten und der Sache Ihre persönliche Aufmerksamkeit schenken werden. Ich unterbreite das Wort „persönlich“, da ich überzeugt bin, daß bloß gewisse Defekte des Apparats eine derartige anormale Lage zu erklären imstande sind. Mit Gruß Litwinof.

Wer zweifelt, daß Segge sich beeilt hat, der so entschieden

„Anregung“ des stellvertretenden Volkskommissars des Außenministeriums Folge zu leisten? Die Erklärung der Handelsvertretung im Jahre 1928 behauptete aber, daß Litwinof seit Mai 1926 nichts mehr mit ihr zu tun gehabt habe.

Nicht weniger interessant ist ein Empfehlungsbrief des Volkskommissars, den er auf einem amtlichen Belegbogen des Volkskommissariats seinem Bruder ausgestellt hat, er war für das Volkskommissariat des Innern bestimmt. Es hieß darin:

Meinen Bruder Saweli Maximowitsch Litwinof kann ich ohne jegliche Bedenken als ehrlichen und den Interessen der Sowjets ergebenen Arbeiter für einen verantwortlichen Posten empfehlen. Wenn er sich auch außerhalb der Partei befindet, so ist er doch von den ersten Tagen der Oktoberrevolution an als verantwortlicher Mitarbeiter in den Sowjetinstitutionen tätig gewesen, u. a. auch in der Berliner Volkshilfe. Er ist ein erfahrener Organisations- und theoretischer Praktiker in der Geschäftsleitung bewandert. Für seine Gewissenhaftigkeit wie auch politische Bonafität übernehme ich volle Garantie. M. Litwinof.

Selten wohl hat ein Bruder dem anderen so nachträglich und nichtigend beigefügt, wie hier der stellvertretende und meilenweit wirkliche Außenminister des „Proletarierstaates“! Wenn es „gelungen“ sein soll, Lichtstrahlen zum Verbleiben im Amt zu bewegen, dürfte der Hauptgrund dazu wohl gewesen sein, daß die Amtsstelle seines Stellvertreters nach dem Bekanntwerden dieses Briefes gezahlt sein werden.

Herr Nikolaus Post.

Eine sonderbare Ernennung.

Offenbar zum Trotz für Herrn Seipels zahlreiche Niederlagen soll zum Leiter der politischen Abteilung des Bundesamtes für auswärtige Politik in Wien Herr Nikolaus Post ernannt werden, der seit Jahren Gesandter in Warschau war. Herr Post ist aus dem habsburgischen Diplomatenstande übernommen. Er war lange Zeit L. u. L. Generalkonsul in Schanghai. Nach der Revolution schickte man ihn zur Gesandtschaft in Berlin, die unter unergieblicher Freund Dr. Rudo Hartmann leitete. Schon damals führte durch, daß Herr Post die Politik Hartmanns die unbedingt demokratisch und auf den Anschluß gerichtet war, bei jeder Gelegenheit zu durchkreuzen versuchte. Das Verhältnis zwischen dem Gesandten und seinem Vertreter sah dementsprechend aus. Um so bezeichnender war es, daß Seipel Hartmann abberief und — Herr Post mit der Leitung der Gesandtschaft in Berlin beauftragte. Erst die Ernennung des Gesandten Kissel machte diesem unerwünschten Zustand ein Ende. Herr Post aber hat in Warschau seine ich war zugebe Politik getreulich fortgesetzt. Er schränkte die Beziehungen zur deutschen Gesandtschaft auf das unerlässlichste Mindestmaß ein und arbeitete im übrigen, wo und wie er nur konnte, gegen die Interessen Deutschlands; seine selbstverständliche Pflicht hätte sein müssen, auch in der politischen Hauptstadt für das Ziel zu wirken, das mindestens 97 Prozent aller Deutschsterreicher als das allein mögliche Ziel deutschsterreicher Außenpolitik ansehen, nämlich für die Ermöglichung der Heimkehr ihres schwerleidenden und für sich allein existenzunfähigen Volkes in die alte deutsche Heimat.

Herr Seipels und die Regierungsparteien in Wien werden sich gemäß darüber klar sein, die Tätigkeit des Herrn Post in der Zentralfstelle genau über zu wachen und sie möglichst schnell beenden zu müssen. Das wird um so leichter sein, als Herr Post schon ziemlich nahe an dem Alter stehen dürfte, wo man die „wohlverdiente“ Pension in Ruhe verzehren darf.

England und Sowjet-Propaganda.

Henderson hat bereits einmal Einspruch erhoben.

London, 22. Januar. (Eigenbericht.)

Außenminister Henderson wurde im Unterhaus von konservativer Seite gefragt, ob er sich darüber vergewissert habe, daß die Propaganda-Klaue des englisch-russischen Abkommens von Ausland in gleichem Maße internationalisiert würde wie von England. Henderson entgegnete, daß es zu früh sei, eine endgültige Antwort zu geben. Die Regierung hoffe, daß die betreffenden Fragen auf befriedigende Weise geklärt würden. Er habe jedoch Gelegenheit nehmen müssen, dem Sowjetbotschafter gegenüber darauf aufmerksam zu machen, daß eine Botschaft der Dritten Internationale an die englische kommunistische Zeitung „Daily Worker“ geeignet sei, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu trüben. Im gegenwärtigen Augenblick sei jedoch nicht beabsichtigt weitere Schritte in dieser Angelegenheit zu unternehmen.

Hans Sachs im Kellerloch

In der Nähe der großen Bahnhöfe im Stadlinnern drängt sich Geschäft an Geschäft; begehrt und gut bezahlt ist so ein „Fog an der Sonne“. Denn wo der tägliche Massenverkehr seine Brennpunkte hat, rull auch das Geld rascher nach dem Muster der Großen gruppiert sich auch um die kleineren Bahnhöfe Geschäfte verschiedenster Branchen, wenn auch nicht immer in so knallig-grotesker Form wie gegenüber dem Bahnhof Nordstraße. Hier in der Nordstraße im südwestlichen Berlin glaubt man im ersten Moment einen Auschnitt aus einem amerikanischen „Mid-West“-Städtchen vor sich zu haben. Die auf Glanz hergerichteten Fassaden verdecken nur zur Hälfte den hohen Bahndamm, der die Geschäftsräume auf ein Minimum von Raum beschränkt und obenbreit die Ursache beständig feuchter Küchenwände ist. In lustigem Auf und Ab schlendern Bretter- und Gasetenjaune den übrigen Damm, der von der hölzernen Büroarade einer Kohlenhandlung bekrönt wird. In den Geschäftsräumen gibt es Zigarren, Schreibwaren, Photoapparate und Uhren. Der Glau des Ganzen ist aber der mittlere, einfache Bau, der auf jede Art von Geschäftsreflexe verzichtet. Blickt man von der Straße in die Auslage, so fallen erst ein halbes Dutzend ausgestreuerter, verstaubter Holzschuhe ins Auge. Unter dem Auslagenbrett liegt, halb im Keller, der Meister selbst und stützt an seinen Schuhen. Der winzige Boden ist mit verholtenen Vorhängen, die die feuchten Mauern verdecken sollen, drapiert. Ein behäudener Ladenstisch, ein Schuhschrank und ein in dieser Umgebung geradezu prächtig wirkender eiserner Geldschrank vervollständigen das „Möblement“. Rasch ist man mit dem trotz seiner weichen Haare munter und unternehmungslustig aussehenden Schuster ins Gespräch gekommen. Vom Hause nebenan ist er 1919 in dieses Lokal gezogen. Von den Auslagen der Beerdigungsanstalt Orlensisen, die ihre Särge auch recht tief im Schaukasten placiert, hat er die



Yorckstraße, gegenüber dem Ringbahnhof

Anregung zu seiner Kellnerwerkstatt genommen. Ohne jede Heizung den ganzen Winter hindurch, betreibt er hier sein Handwerk. Das halbe Dutzend alte Schuhe, das in der Auslage prangt, steht schon seit ein bis zwei Jahren da und wartet, repariert, auf die Kunden, die sich, Gott weiß wohin, verzogen haben. Nach zwei Jahren Wartezeit wandern diese Opfer der Bergeshöhelekt auf den Müllhaufen. Die Geschäftszeit ist an keine bestimmten Stunden gebunden. Ist mal Beder einzukaufen oder sonst eine Beförderung zu machen, so wird die Ladenstür abgeschlossen und ein Zettel aufgesteckt: „Bin in fünf Minuten wieder zurück“. Da es aber gewöhnlich eine Stunde wird, sind die fünf Minuten einfach durchgeschriehen. Aber demnachst, verfährt der Meister, der noch Bebel und Diebknacht gekannt hat, wird alles renoviert und ein richtiges, modernes Geschäft aufgemacht. Und ein jeder wird ihm gönnen, daß er dann auch ein gutes Geschäft macht.

Der tägliche Versammlungstrach.

Wieder Waffendurchsuchung in Moabit.

Gestern abend ist es, ähnlich wie am Dienstag am Friedrichshain, bei einer Versammlung der Nationalsozialisten in der Bremer Straße in Moabit zu einer schweren Schlägerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen. Im Verlauf des Handgemenges erlitten sechs an der Schlägerei Beteiligte Verletzungen.

Der Versammlungsort waren die Arminius-Festhalle in der Bremer Straße 72/73. Als Referent trat wieder der Nationalsozialist Rossakowski auf. Eine große Zahl, nach einer Schätzung etwa 200 bis 300 Kommunisten hatten sich vor Eröffnung der Versammlung im Saal eingefunden. Während der Ausführungen des Redners kam es zu erregten Auseinandersetzungen zwischen den Versammlungsteilnehmern und im nächsten Augenblick entspann sich eine Schlägerei. Mit Bierflaschen, Flaschen, Stuhlbeinen usw. gingen die Gegner aufeinander los. Nur mit Mühe gelang es der Polizei, die mit einem großen Aufgebot von uniformierten Be-

amtien und Beamten der politischen Polizei zur Stelle war, die Kämpfenden voneinander zu trennen. Sechs Personen hatten durch Schläge stark blutende Kopfverletzungen erlitten. Nachdem die Ruhe wiederhergestellt worden war, wurden sämtliche Anwesende wieder nach Hause geschickt. Dabei fielen der Polizei 3 Pistolen, 5 Messer, 2 Schlagringe und 4 Taschkäse in die Hände. Sechs Personen wurden wegen unbefugten Waffenbesitzes und wegen Widerstandes zwangsgewaltig und der Abteilung IA des Polizeipräsidiums zugeführt. — Ein Polizeiwachmeister erhielt in dem allgemeinen Getümmel von einem noch unbekanntem Täter einen tiefen Messerstich in die Hand.

Trotz der Zwischenfälle wurde die Versammlung um 21.30 Uhr von den Holentzweyern fortgesetzt. Später kam es bei ihrem Abmarsch noch wiederholt zu Reibereien mit Kommunisten, die sich in die Nebenstraßen zurückgezogen hatten.

Bier Arbeiter als Opfer einer Explosion.

Eine heftige Explosion in einer chemischen Fabrik in Deines-Charpier (Piere) verursachte den Tod von drei Arbeitern. Ein vierter wurde lebensgefährlich verletzt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Autobustatastrophe am Bahnübergang

Zehn Schulkinder getötet.

Cleveland, 22. Januar.

In der Nähe des Städtchens Berea wurde an einem Bahnübergang ein mit Schulkindern besetzter Automobilomnibus von einem Personenzug der New York Central Bahn erfasst. Zehn Kinder und der Führer des Autobusses wurden auf der Stelle getötet.

Weiter wird zu dem Unglück gemeldet, daß der Autobus mit insgesamt 23 Kindern besetzt war. Acht Studenten der Hochschule von Berea waren, kurz bevor das Unglück geschah, ausgestiegen. Bei den Opfern handelt es sich um Schüler der unteren Klassen einer anderen Schule. Der Bahnübergang, an dem sich das Unglück ereignete, führt über eine viergleisige Strecke der New York Central-Bahn. Der Autobus befand sich gerade auf der Mitte des Bahndammes, als er von einem nach Chicago fahrenden Zug in der Mitte erfasst und völlig zertrümmert wurde. Der Anprall war so gewaltig, daß die Trümmerstücke und verformte Leichen hundert Meter weit auf dem Bahndamm verstreut wurden. Die Schmerzensrufe der Verletzten und Sterbenden erhöhten den Schrecken des furchtbaren Unglücks. Das Personal des Unglückszuges, der sofort zum Halten gebracht wurde, beteiligte sich im Verein mit den Bewachern der in der Nähe befindlichen Farmen an dem Rettungswerk. Dieses Autobusunglück ist das vierte, das sich im Laufe der letzten drei Wochen im Staate Ohio ereignet hat.

Ferner wird noch gemeldet: Als der Autobus sich der Bahnkreuzung näherte, fuhr ein Güterzug vorbei. Der Autobus wartete dessen Vorbeifahrt ab und fuhr dann direkt vor den Schnellzug, den er nicht bemerkt hatte. An der Unfallstelle spielten sich erschütternde Szenen ab, als sich Mütter und Väter der Opfer einfanden. Unter den Todesopfern befanden sich drei Kinder einer Familie im Alter von sechs, neun bzw. elf Jahren.

Typhuserkrankungen in Berlin.

Aber kein Grund zur Beunruhigung.

Der Polizeipräsident teilt mit: In der letzten Zeit sind in Berlin, und zwar im Norden der Stadt, etwa 30 Typhuserkrankungen bekannt geworden, von denen drei tödlich verlaufen sind. Der Polizeipräsident hat sofort umfangreiche Ermittlungen der zuständigen Kreisärzte in Verbindung mit der Medizinalabteilung des Polizeipräsidiums veranlaßt, die jedoch noch nicht vollkommen zum Abschluß gelangt sind. Immerhin hat sich bei einigen Erkrankungen bereits eine gemeinsame Infektionsquelle feststellen lassen und es besteht Grund zu der Annahme, daß die übrigen Erkrankungen durch Kontaktinfektion, das heißt durch unmittelbare Ansteckung von Mensch zu Mensch, erfolgt sind. Alle erforderlichen Maßnahmen sind getroffen worden, um eine weitere Verbreitung der Erkrankungen zu verhindern. Zu diesen Maßnahmen gehören u. a. Absonderung der Kranken, Desinfizieren der von ihnen benutzten Räume und Gegenstände sowie Untersuchung und Absonderung aller krankheits- und ansteckungsverdächtigen Personen. Besondere Aufmerksamkeit wird den Nahrungsmittelbetriebern und ihren Angestellten gewidmet. Ein Grund zur Beunruhigung der Bevölkerung liegt nicht vor.

Der letzte Satz aus der Mitteilung des Polizeipräsidenten wird durch die Tatsache bekräftigt, daß in Berlin im Durchschnitt jährlich etwa 300 bis 400 Personen an Typhus erkranken. Die bis jetzt aufgetretenen Erkrankungen bleiben zahlenmäßig unter dem Durchschnittserkrankungsmaß weit zurück. In dem ganzen Stadtgebiet Groß-Berlin wurden in den Jahren 1923, 1924, 1925, 1926, 1927, 1928 285, 331, 364, 380, 270, 272 Typhuserkrankungen und 40, 43, 42, 39, 26, 24 Typhuserkrankungen gemeldet. Den höchsten Stand der Erkrankungsziffer hatte mit 389 das Jahr 1926.

Aluixio Azevedo

Ein brasilianisches Mietshaus

Nebenan in Nummer acht bereitete sich Das Doras ebenfalls auf Besuch vor, denn ihr neuer Herr speiste Sonntags gewöhnlich bei ihr. Sie hatte festgestellt, daß ihre Wohnung einer Säuberung bedürfte, welche Tatsache von den Nachbarn längst bemerkt worden war, und hatte beschlossen, eine gründliche Reinigung vorzunehmen. Decken und Wände hatte sie abgeputzt und mußte nun noch schrubbieren und Staub wischen. Barfuß, mit hochgehürztem Rock und einem Handtuch auf dem Kopf, trug sie einen Eimer Wasser nach dem anderen hinein und gab ihn in einer Reihe aus, die Mariannas in einer ihrer übelsten Launen würdig gewesen wäre.

Es schloß nicht an freiwilligen Gehilfen, weder in Nummer acht noch in Nummer neun. Ritas lang verschlossene Wohnung erforderte Reinemachen, und es war Urbino, der dieses Amtes waltete, während die Mulattin sich am Herd zu schaffen machte. Fiorinda, Leocadia und Augusta, alle waren sie hilfsbereit und begierig, zu tun, was in ihrer Macht stand, um zu dem Gesingen des Tanzfestes beizutragen Bombinha blieb den ganzen Nachmittag unsichtbar, denn sie war mit ihren Sekretärinnenpflichten, denen sie sich am Sonntag widmete, vollauf beschäftigt; sie mußte die geradezu endlose Reihe von Briefen für die Waisfrauen und die Arbeiter schreiben.

In einem kleinen wachstuchüberzogenen Tischchen saß das junge Mädchen und schrieb auf dem billigen Papier nieder, was man ihr diktierte, eine Postkarte an die Familie jenseits des Meeres oder eine Mahnung an eine rückständige Kundin, die eine längst fällige Bälcherrechnung noch nicht bezahlt hatte, je nachdem. Alles wurde pflichtgemäß aufgeschrieben und hier und da verbessert, um das, was der Absender sagen wollte, deutlicher auszudrücken; dann wurde der Brief adressiert und von dem dankbaren Analphabeten fortgetragen, dessen Fog sofort von einem anderen eingenommen wurde. In solchen Stunden war Bombinha allein mit dem Betreffenden, dem sie half, denn sie wollte keine Korrespondenz nicht in Gegenwart anderer führen, um ihn nicht bloßzustellen. So kam es,

daß das junge Mädchen schmutzige Einzelheiten aus dem Privatleben all dieser Menschen in ihrem jungfräulichen Herzen sammelte, Einzelheiten, die oft schwärzer waren als der Rauch, der aus dem Haus in den blauen Himmel hinaufstieg.

„Also schreib ihr das, Bombinha“, stammelte ein Steinbrecher und kratzte sich den Kopf, „und schreib's ausführlich, damit die dumme Person es versteht, sag' ihr, daß ich ihr jetzt kein Geld schicken kann, weil ich zu knapp bin, aber im nächsten Monat kommt's bestimmt. Sie kann sich was borgen, wenn's nötig ist, und nächsten Monat werd' ich's schon schaffen, wenn ich nur wüßte woher. Und wenn mein Bruder Luis immer noch die Absicht hat, herüberzukommen, so soll er es mich lieber beizahlen lassen, vielleicht kann ich dann Arbeit für ihn finden, aber die Zeiten sind hier schwer, genau wie drüben, und ich rate sehr ungern jemand, sein Glück in einem fremden Lande zu versuchen, wo er vielleicht krank wird oder keine Arbeit kriegt oder Heimweh bekommt und nach Hause möchte, aber kein Geld dazu hat, und dann seinen Freunden, die ebenso schlecht daran sind und ihm nicht helfen können, das Leben zur Hölle macht.“

Als Bombinha das geschriebe hatte, fügte er hinzu: „Sag' ihr, daß ich schreckliche Sehnsucht nach ihr habe und daß ich noch derselbe bin wie damals. Und sag' ihr, daß ich sie kerüberkommen lassen werde, sobald mir Gott und die heilige Jungfrau dazu verhelfen. Und sag' ihr, sie soll nicht böse sein, weil kein Geld in diesem Brief liegt, sie soll daran denken, wie es in Portugal heißt: „Bo kein Cent ist, kann selbst der Steuerinnehmer nichts holen.“ Und — beinahe hätte ich's vergess'n — sie wollte ja von Urbano hören. Sag' ihr, Urbano ist vor die Hunde gegangen und wohnt unten in der Rua Sao Jorge und kein Mensch spricht mehr mit ihr, also ist es das Beste, sie zu vergessen und nicht mehr auf die fünf „escudos“ zu warten, die ihr Urbano schuldig ist.“

Das alles wurde Sag' für Sag' niedergeschrieben; eine Pause entstand nur dann, wenn der Steinbrecher nachdachte, wie er den nächsten Satz formulieren sollte und Bombinha ihn, das Kinn in die Hand gestützt, ansah und wartete.

7.

So verlief der Sonntag bis drei Uhr, als der ungeduldig erwartete Firmo, von seinem Freund Borfiro begleitet, ankam; der erstere brachte seine Gitarre und der letztere seine

Mandoline mit. Rita Bahianas Liebhaber war ein leichtfertiger Mulatte von schnigem, schlanken Wuchs und behende wie eine Gams. Er war prohrerisch und unerschämmt und stand in dem Ruf, ein geschickter Dieb zu sein, der ohne jeite Arbeit existieren konnte, solange man durch Fenster einbrechen und Hühner stehlen konnte. Er war über dreißig, aber er sah aus wie ein Jüngling von zwanzig, denn sein straffer Körper schien eher mit Sprungfedern als mit Muskeln ausgestattet zu sein. Er trug einen kleinen, gewichsten Schnurrbart, und seine lange uppige Mähne war stets mit den stärksten Parfüms des Friseurs gefalbt. Diese Mähne trug er in der Mitte gescheitelt, und zwei dicke Haarbüschel hingen unter einem Filzhut, den er sich schief übers linke Ohr zog, rechts und links herunter.

Er ging stets in schwarzem Rock und schwarzen Hosen, die um die Knie eng und nach unten zu, um seine schlanken Fesseln nicht zu verbergen, weit geschnitten waren. Er trug keine Weste, und an Stelle einer Krawatte band er sich ein stark parfümiertes seidenes Taschentuch um den Hals. Zwischen den Lippen hielt er gewöhnlich eine mächtige schwarze Zigarre und führte immer einen Spazierstock vom Umfang eines Knüppels bei sich.

Er war Bleiarbeiter, ein geschickter, wie es hieß, aber da er oft an einem Tage ausgab, was er während einer Woche verdiente, fand er es nötig, sein Einkommen durch die bereits erwähnten nächtlichen Unternehmungen zu erhöhen. Ab und zu verarbeitete sich sein Kapital durch einen glücklichen Abend beim Würfelenspiel oder Roulette, und dann genoh er mit Rita Bahiana eine Periode fröhlichen Nichtstuns wie in den letzten drei Monaten. Wenn nicht mit Rita, dann mit einer anderen, denn er hatte festgestellt, daß Frauen nicht rar sind, wenn ein Bursche Geld in der Tasche hat.

Er stammte aus Rio de Janeiro und genoh den Porzug, bei Hofe geboren zu sein, wo sein Vater im Stall des Kaisers diente. Bis er zwanzig Jahre war, trieb er sich überall herum und begann dann das, was er seine „politische Karriere“ nannte; da trat er einer Gruppe von jungen Leuten bei, die mit Kasillermessern bewaffnet waren und den Anhängern der Gegenpartei das Wählen abgemöhnten wollten. Dann aber verzichtete er auf die Politik — weil er sein ideales Ziel doch niemals erreichen konnte — und wurde mit siebzig Mikreis monatlich und Bürostunden von elf bis drei Botenjunge in einem staatlichen Amt.

(Fortsetzung folgt.)

Revision des Halsmann-Prozesses. Vor der letzten Entscheidung.

Vor dem Obersten Gerichtshof in Wien begann gestern die Revisionsverhandlung in der Sache des Algaer Studenten Halsmann. Wie erinnert, war Halsmann angeklagt, im September 1928 seinen Vater während eines Ausflugs in den Zillertaler Alpen durch mehrere Steinwürfe ermordet zu haben. Innsbrucker Geschworene verurteilten ihn tatsächlich wegen Mordes unter Zuhilfenahme mildernder Umstände zu neun Jahren schweren Kerkers. Der Oberste Gerichtshof hob das Urteil auf.

Als Revisionsgrund galt u. a. der Umstand, daß das Innsbrucker Gericht die Vernahme eines Befristungsabkommens hatte. Auch die neue Revisionsverhandlung im September v. J. führte zu einer Verurteilung. Diesmal lautete aber der Wahspruch der Geschworenen auf vier Jahre Kerker wegen Totschlags. Gegen dieses Urteil hatte die Verteidigung Revision eingelegt. Vor dem Obersten Gerichtshof wird Halsmann von dem Rechtsanwalt Mahler und dem Professor der Innsbrucker Universität, dem Rechtsgelahrten Dr. Ritter verteidigt.

Die Revisionsbegründung gibt eine ausführliche Darstellung des kläglichen Ereignisses, wie es nach Ansicht der Verteidiger vor sich gegangen sein muß; der Oberste Gerichtshof soll die Möglichkeit erkennen, in alle Einzelheiten einzudringen. Die Revisionsbegründung rügt u. a. die Nichtzulassung gewisser Sturzversuche mit Puppen durch das Innsbrucker Gericht und die Ablehnung einer Reihe von Zeugen. In der Hauptsache stützt sie sich aber auf die Ablehnung des Bonner Professors Störzing, der fast während der ganzen Gerichtsverhandlung anwesend war und über vermutliche Erinnerungslücken und Erinnerungsausfüllungen Halsmanns ein Sachverständigengutachten erstatten sollte. Durch diese Erinnerungsausfüllungen sollte die selbstbezügliche Aussage des Angeklagten Halsmann eine Erklärung finden. Das Gericht hat sich jedoch mit dem Gutachten der psychiatrischen Sachverständigen begnügt und ein normalpsychologisches Gutachten für überflüssig erachtet.

Potsdamer Schüler totgefahren. Das Schredensauto entkommen.

Gestern nachmittags 5 Uhr wurde der 15 Jahre alte Schüler Hans Schröder aus der Spandauer Straße 36 auf der Kaiser-Wilhelm-Brücke in Potsdam von einem bairischen Automobil angefahren und vom Rade gerissen. Das Auto ging dem Knaben über den Kopf und löste ihn auf der Stelle. Der Führer des Autos drehte sich noch um, sah was er angerichtet hatte und fuhr dann in rasendem Tempo weiter. Die Nummer des Wagens ist IV. B. 62213. An sämtliche Behörden wurden Funkprüche gegeben, um das Auto anzuhalten.

Ein anderer schwerer Unfall ereignete sich gestern auf dem Ringbahnhof Strauß-Kummelsburg. Der 22jährige Herbert Bechner aus der Welfenstraße in Neukölln, der sich auf dem Wege zu seiner Arbeitsstätte befand, erlitt plötzlich einen Ohnmachtsanfall und stürzte vom Bahnsteig auf das Gleis. Unglückslicherweise fuhr in demselben Augenblick ein elektrischer Zug an. Dem Führer gelang es nicht mehr, rechtzeitig zu bremsen und der junge Mann wurde überfahren. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte nach dem Auguste-Viktoria-Krankenhaus gebracht, wo er unmittelbar nach einer sofort vorgenommenen Operation gestorben ist.

Politik der Verhöhnung.

Kommunistischer Sturm gegen Wohlfahrtsämter.

In ihrer Ausgabe vom 22. Januar 1930 berichtet die „Rote Fahne“ über Vorgänge im Wohlfahrtsamt Friedrichshagen. Eine im Auftrag des kommunistischen Bundes der Opfer des Krieges erschienene Menge, die Winterbeihilfe gefordert habe, sei zuerst durch Polizei entfernt worden.

Es ist besonders im Interesse der noleidenden Bevölkerung tief zu bedauern, daß die Kommunisten das gegenseitige Vertrauen, das zwischen den Organen des Wohlfahrtsamtes und den Untersuchungs- und Reisenden herrschen muß, durch derartige Demonstrationen bewußt untergraben wollen. Es ist unmöglich, daß eine lärmende Menge von 30—40 Männern und Frauen von den verantwortlichen Beamten des Wohlfahrtsamtes gehört werden kann. Einer Delegation wird niemals der Zutritt verweigert werden. So hat auch der Genosse Stadtrat Rann mit drei Frauen, die Sozialrentnerinteressen zu vertreten vorgaben, und der deutschnationale Stadtrat Timm, mit Vertretern der Kriegesbeschädigten verhandelt. Da die Vertreter jedoch nur Wünsche allgemeiner Art vorbrachten, mußten sie auf den ordnungsmäßigen Weg der Antragstellung bei den Aufnahmestellen verwiesen werden. Die aufsehende Menge, die nach der „Roten Fahne“ den Wunsch hatte, die Auszahlung der Winterbeihilfe zu fordern, sei von den politischen Hintermännern bewußt zur Hervorrufung von Konflikten in die Wohlfahrtsämter dirigiert worden. Auch den Kommunisten ist natürlich bekannt, daß kein Bezirkswohlfahrtsamt sich eigenmächtig über die Entscheidung des Oberpräsidenten hinwegsetzen kann.

Die Wohlfahrtsämter werden sich gegenüber Kadaverhunden zu schützen wissen. Das ist ihre Pflicht, wenn nicht die Gesamtarbeit, die sie für die Bevölkerung zu leisten haben, gefährdet werden soll.

Typographie und Normung.

Das erste Preisauschreiben auf dem Gebiete der Normung veranstaltete vor einiger Zeit der Bühnenvorstand der Deutschen Buchdrucker zur Erreichung kunstgerechter, normgerechter Schriftsetzungen. Dieser Wettbewerb hat einen recht guten Erfolg gehabt, denn es sind 840 Entwürfe aus allen Teilen Deutschlands eingegangen. Eine Auswahl daraus wird jetzt in der Ausstellung „Typographie und Normung“ im Licht der ehemaligen Kunstgewerbe-Museums in der Prinz-Albrecht-Straße 7 gezeigt. Die vielen Entwürfe für Briefbogen, Rechnungen, Umschläge, Post- und Geschäftskarten beweisen, daß die Einhaltung des Normformates und einer einheitlichen Wortdruckgestaltung typographisch kein Hindernis für gute Lösungen bildet. Geöffnet ist die Ausstellung Sonntag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabends von 9—13 Uhr, Dienstags und Freitags von 9—19 Uhr; Montags geschlossen. Es ist vorgesehen, diese Ausstellung in allen größeren Druckstädten Deutschlands, wie Belpzig, Nürnberg, Breslau, München, Köln u. a., zu zeigen.

Ihr Husten quält Sie so. Bei stehendem Husten, Herzzeit, Schweißausbrüche oder starkem Auswurf, rauhen und schmerzhaften Hals helfen Ihnen Reichels Hustentropfen, die allerprobste Hustenarznei. Zu haben in Apotheken und Drogerien, aber echt nur mit der „Marke Reichel“.

Die Geschäfte der Beamtenbank.

Von Bilderschwindlern um Hunderttausende geschädigt. — Bilanzverschleierung?

Die Ermittlungen der Kriminalpolizei, die nach dem Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte einsetzten, sind jetzt zu einem gewissen Abschluß gelangt. Es sind Verfehlungen mehrerer Personen festgestellt worden. Einige Verantwortliche sind am Mittwoch dem Vernehmungsdichter vorgeführt worden.

Inzwischen ist auch der Sachverhalt über seinen hanteltechnischen Gutachten fertig geworden. Wenn Ungehör nach ist die Bank einem raffinierten Schwindler zum Opfer gefallen. Die Beamtenbank ließ sich bekanntlich in ein Bildergeschäft ein und nahm Bilder in Kommand, die später nicht ausgelöst wurden. Die Hauptrolle spielte dabei eine „Heilige Familie“ des bel Gario, die Millionen wert sein sollte. Die Ermittlungen haben ergeben, daß das Bild bei einem Berliner Händler für 5000 Mark gekauft worden ist. Eigentümlicherweise hatte der Experte es in Kommission genommen. Der Bank wurde vorgeworfen, daß die Gemälde aus dem Besitz einer fiktiven Familie stammten, die wegen momentaner Schwierigkeiten zum Verkauf genötigt sei. Aus begreiflichen Gründen sollte aber weder der Verkauf noch der Name der Familie bekannt werden. Insgesamt sind die Bilder mit 550 000 Mark versehen worden. Eines der Bilder wurde für 9000 Mark in einer Handlung gekauft. Die Erwerber brachten es sofort in einer Droschke nach der Bank und liehen es dort mit 80 000 M. befehlen. Die Stellung der Bank bei diesem Bildergeschäft erscheint sehr bedenklich, um so mehr, als kurz vor dieser Kombarbidierung die Bank mit einem angeleglichen Vinardo de Vinci mit über 100 000 M. hereingefallen war. Vor allem ist es unerfindlich, was die Bank für Deutsche Beamte mit derartigen Geschäften zu tun hatte. Nach der landläufigen Meinung sollte sie nur ein Spar- und Darlehensinstitut für die Beamten sein. Trotz der Kenntnis der erheblichen Verluste bei dem Kombarbidgeschäft ist dieses als Gewinn verbucht worden. Der Bank wird nun vorgeworfen, daß sie sich der Bilanzverschleierung schuldig gemacht habe, und zwar nicht nur in letzter Zeit, sondern schon im Jahre 1927. Der Bank wird auch Unireue vorgeworfen.

Das gesamte Material der Ermittlungen ist dem Richter zugewiesen worden, der über die weiteren Schritte zu entscheiden haben wird.

Betrug durch Kurstreiberereien. 2 Jahre Gefängnis für Lindemann.

In dem aufsehenerregenden Prozeß wegen der Kurstreiberereien mit den Aktien der Brandenburgischen Holzladestric-L.G., der seit längerer Zeit eine Sonderabteilung des Schöffengerichts Becken-Altje beschäftigt hatte, wurde gestern mittag von Amtsgerichtsal Sehnur das Urteil verkündet.

Es wurden verurteilt wegen Betruges und Kurstreibererei sowie Vergehens gegen das Handelsgesetzbuch: Kommerzienrat Karl Lindemann zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis, 14 000 Mark Geldstrafe und 3 Jahre Ehrenverlust, Otto Lindemann zu 1 Jahr Gefängnis und 6000 Mark Geldstrafe, Gustav

5 Tote eines Flugzeugabsturzes. Auf einer Klippe am Kanal verunglückt.

Paris, 22. Januar.
Das seit mehreren Tagen vermischte Verkehrsflugzeug Amiens—De Haore wurde fünf Kilometer nördlich von Dieppe auf einer Klippe entsetzt. Der Pilot und die vier Passagiere haben den Tod gefunden.

Hinein in die weltliche Schule!

Die Kinder, die zu Ostern dieses Jahres mit dem Schulbesuch beginnen, müssen jetzt angemeldet werden. In fast allen Verwaltungsbezirken der Gemeinde Groß-Berlin gibt es weltliche Schulen, denen die aufgestellten Eltern ihre Kinder zuführen. Einige der weltlichen Schulen sind Lebensgemeinschaftsschulen. Diese sind an keinen Einschulungsbezirk gebunden, so daß in ihnen auch Kinder aus anderen Bezirken angemeldet werden können. Von Jahr zu Jahr ist die Zahl der weltlichen Schulen trotz aller Anfeindungen gewachsen. Wie oft haben bürgerliche Zeitungen abernächste Märdchen über die weltlichen Schulen erzählt. Die Behörden und die gesamte Öffentlichkeit hegte man gegen sie, um Nichtfrauen zu werden und womöglich ein Verbot zu erteilen. Denn man sah: die weltlichen Schulen wurden die Pionierschulen der pädagogischen Reform in Berlin. Hier werden Kinder erzogen, die lebenslang mit offenen Augen in die Welt sehen, die nicht gebürt sind, die in Selbstständigkeit Wege finden sollen, sich und ihren Mitmenschen zum Nutzen. Heute sollen es die Kinder in der Schule besser haben als die Eltern es ehemals hatten. Die Kinder werden es ihnen einst danken aus einer neuen Lebensgestaltung heraus. Dein Kind in die weltliche Schule zu schicken, ist Pflicht gegenüber deinem Kind und Pflicht gegenüber der Gesellschaft.



Ueber das Thema „Menschen im Film“ diskutieren Dr. Herbert Rosenfeld und der Regisseur Vlad Jugl. Zunächst werden in diesem Gespräch die Krebschäden der Filmproduktion berührt. Die Dummheit der Produzenten, die selbst zu unfähig sind, um zu wissen, was sie wollen, nur nach den Verleumdungsbildern fragen und vom künstlerisch Wertvollen keinen Schimmer haben. Darüber hinaus wird von Dr. Rosenfeld gegen das Starwesen energig Sturm gelassen. Das mit Recht, aber der Redner geht mit seiner Forderung zu weit, indem er die meisten führenden Rollen mit Dilettanten besetzt sehen möchte, um eine Schilheit vor allem in Verurteilungen zu erzielen. Damit wird ein Problem berührt, das einer ausführlichen Behandlung wert erscheint. In der Jugendstunde beginnt unter Leitung Hermann Rodsch eine neue Reihe unter dem Titel „Zeitgenössische Dichtung“. Der erste Vortrag trägt den Charakter einer Anleitung. Rodsch erklärt, daß er bevorzugt moderne Dichtung und aus vergangenen Zeiten solche, die uns heute noch berührt, darzustellen. Der jugendliche Hörer soll eine lebendige Anschauung davon erhalten. Wünsche und Anregungen aus dem Hörerkreis werden gern berücksichtigt. Wenn die Auswahl wirklich so getroffen wird, daß der Hörer nicht nur mit ästhetischen Dingen, sondern auch mit Erkenntniswerten in Berührung gebracht wird, ist diese Veranstaltung zu begrüßen. Am Abend eine Ueberragung aus Köln „Der heilige Witt-wach“, eine Art Worträuberspiele von Gedächtnis, Weibern und Chansons. Man hat darunter schon besser gehört, vor allem in der Art des Vortrages. Etwas traurig Befremdliches liegt über dem Abend, und die Nächte fügen sich nicht immer zusammen. F. Sch.

Bindemann 1 Jahr 6 Monate und 7000 Mark Geldstrafe, der Kaufmann Wih wegen Vergehens gegen das Handelsgesetzbuch zu 1000 Mark Geldstrafe. Der Angeklagte Frank wurde freigesprochen.

In der Urteilsbegründung rechnete Amtsgerichtsal Rehner sehr scharf mit dem Hauptangeklagten ab. Er bezeichnete ihn als einen Mann, der durch seine Börsenmanöver in der gewissenslosen und gerissensten Weise nur auf seinen Gewinn bedacht gewesen sei und der auch seine Brüder, die er als Werkzeuge benutzt habe, auf dem Gewissen habe. Man habe in der Verhandlung Karl Bindemann als die Stimme der Brandenburgischen Holzladestric-L.G. bezeichnet. Das sei ein falscher Ausdruck, denn eine Stimme zähle das Kind. Karl Bindemann habe im Gegenteil das Kind ausgezogen. Man könnte ihn eher als Bampyr bezeichnen. In der Gesellschaft befehlerte er nach der Sprüchmuggelaffäre keine Verwaltungsaufstellung mehr, war aber der eigentliche Leiter des ganzen Unternehmens. Wenn Karl Bindemann mit den Aktienkäufen und Verkäufen ein reelles Geschäft beabsichtigt hätte, dann hätte er auch offen bei den Banken als Käufer und Verkäufer auftreten können. Er hat sich aber mit seinen Brüdern Otto und Gustav zu einem Konsortium zusammengesetzt, um durch künstliche Kurssteigerungen Gewinne zu erzielen und er hat sich dabei einer Reihe von Strohpuppen bedient. Karl Bindemann ist 1927 wegen der Lindcar-Kurstreiberereien zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, und er hat diese Strafe nach nicht voll abgezahlt. Die Strafe hat aber nicht sein Gewissen geschärft, daher muß ihm zu Gemüte geführt werden, daß der Staat und die Gesetze nicht wie seine Strohpuppen hin und her geschoben werden können.

Nach der Urteilsverkündung wurde auf Antrag des Staatsanwaltes vom Gericht Haftbefehl gegen Kommerzienrat Karl Lindemann wegen Flucht- und Verdunkelungsgefahr erlassen und dieser sofort in Untersuchungshaft genommen.

Haftentlassungsantrag im Fall Reumann-Rosen.

Wie aus Breslau gemeldet wird, hat die Wirtschaftlerin Frau Reumann, die im Zusammenhang mit dem Mordfall Rosen zur ärztlichen Beobachtung in eine Heilanstalt für Nervenkranke überführt worden war und heute nach Abschluß der Untersuchung wieder ins Untersuchungsgefängnis zurückgebracht werden sollte, einen Schlaganfall erlitten. Ihr Zustand ist besorgniserregend. Der Oberstaatsanwalt hat darauf die Aufhebung des Haftbefehls gegen Frau Reumann wegen Haftunfähigkeit beantragt.

Schon vor mehr als zwei Jahren wandten wir uns gegen die Untersuchungsverfahren im Fall Reumann-Rosen. In den letzten vier Jahren ist Frau Reumann immer wieder verhaftet und wegen Mangels an Beweisen aus der Haft entlassen worden. Niemals hat das vorliegende Material zur Beantragung der Einleitung des Hauptverfahrens ausgereicht. Der Verpetliche Zusammenbruch der Frau Reumann zeigt, wohin solche mittelalterlichen Untersuchungsverfahren führen.

Folgende Schulen sind weltlich (W.S.S. bedeutet Lebensgemeinschaftsschule):

- Verwaltungsbezirk 1 (Mitte): Schule 20, Köpenicker Straße 125.
- Verwaltungsbezirk 2 (Tiergarten): Schulen 240 und 254, Waldenstr. 20/21.
- Verwaltungsbezirk 3 (Wedding): Schule 11, Schönigstr. 17; Schulen 28 und 28a, Galenburger Str. 2; Schule 223, Buchhalter Straße 3; Schulen 244 und 245, Panitzstr. 20/22; Schule 282, Hühner Str. 4; Schule 208 (W.S.S.), Tempelplatz.
- Verwaltungsbezirk 4 (Prenzlauer Berg): Schulen 102 und 197, Danziger Str. 23; Schulen 269 und 274, Sonnenburger Str. 28.
- Verwaltungsbezirk 5 (Friedrichshagen): Schule 15, Kopenstr. 84; Schulen 59 und 181, Diebstalmeyerstr. 5/6; Schule 125, Undreasstr. 16a.
- Verwaltungsbezirk 6 (Kreuzberg): Schule 20, Waldemarstraße 77; Schule 21, Görfiger Str. 51; Schulen 83 und 98, Dieffenbachstraße 60/61.
- Verwaltungsbezirk 7 (Charlottenburg): Schule 34, Pestalozzistr. 40.
- Verwaltungsbezirk 8 (Spandau): Schule 20 (W.S.S.), Mittelstr. 20; Schule 21 (W.S.S.), Konradstr. 24.
- Verwaltungsbezirk 11 (Schöneberg): Schule 11, Feurigstraße 37.
- Verwaltungsbezirk 14 (Neukölln): Schulen 5 und 6, Mariendorfer Weg 69/70; Schulen 15 und 18, Poststr. 38/39; Schulen 31 (W.S.S.), 32 (W.S.S.) und 41, Mittelstr. 41/42; Schule 48 (W.S.S.), Kaiser-Friedrich-Str. 4; Schule 53, Am Herbergplatz; Schulen 55 und 56, Schülerpromenade 34; Schule in der Siedlung Brix.
- Verwaltungsbezirk 15 (Treptow): Schule 8 (W.S.S.), Ober-Schöneweide, Waufr. 63/70; Schule 10, Ober-Schöneweide, Luisenstraße 38; Schule 18, Adlershof, Nabelstr. 10/11.
- Verwaltungsbezirk 16 (Köpenick): Schule 7, Alter Markt 2.
- Verwaltungsbezirk 17 (Nikotenberg): Schule 34 (W.S.S.), Schornweberstr. 19; Schule 35 (W.S.S.), Pfarrstr. 8; Schule 38, Friedrichstr. 71; Schule 37 (W.S.S.), Marktstr. 12; Schule 33, Hotelstraße 7-9; Schule 30, Leopoldstr. 14-16.
- Verwaltungsbezirk 18 (Weißensee): Schule 8, Bärstr. 23.
- Verwaltungsbezirk 19 (Pankow): Schule 9 (W.S.S.), Nieder-Schönhausen, Bernardstr. 11.
- Verwaltungsbezirk 20 (Reinickendorf): Schule 8, Hausottierplatz 4; Schule 9, Augusta-Viktoria-Muse 37/38; Schule 10, Holländer Str. 26-30.

Potsdamer Reichwehr kauft bötsche Zeitungen.

Wegen Verleumdung des Obergeleiteten Benfio vom Reichswehrregiment 9 in Potsdam mußte sich der Katasterhelfer Franz H. aus Berlin vor dem Potsdamer Amtsgericht verantworten. Am 6. November vorigen Jahres beobachtete der Angeklagte auf dem Marktplatz in Potsdam, wie der Obergeleitete den „Bötschen Beobachter“ kaufte und las. Er verteilte den Soldaten und nannte ihn „bedingigen Teufel“. Sie kaufen sich als republikanischer Reichswehrsoldat dieses Verdräht, schämen Sie sich.“ Der Angeklagte wollte zu seiner Entschuldigung geltend, daß er wiederholt in Potsdam beobachtet hat, daß die dortigen Reichswehrsoldaten den „Bötschen Beobachter“ kaufen. Das Urteil erging wegen Verleumdung auf 75 Mark Geldstrafe und Publikation.

Auch aus dem Schwanenterrassen (1931) ist der Inselüber, nachdem er bisher nur in der ersten der Zeitungen sich hören ließ. Nicht geordnet hat nun eine und die das Wunderwerk moderner Kameratechnik, das sich hat den Weg zum Herzen der Berliner gefunden, nicht nur als ihr Wappenstein, sondern vor allem durch ein Eintraten für eine wertvolle Zigarette, die seit langen Jahren den Rauchern als treuer Freund zur Seite steht. **Reichel's Zigaretten**
Der Reicheitsgeruch 4-Pig-Zigarette

Der umgekaupte „Ludendorff“.

Ein bedenklicher Hapag-Dampfer.

Kürzlich ging durch einen Teil der Presse die Nachricht, Herr Ludendorff habe plötzlich entdeckt, daß auch die Hapag ein Instrument in der Hand der allgemeinen Freimaurer sei. Ludendorff habe entsetzt festgestellt, daß die Speisefarten der Hapag-Dampfer mit geheimen Zeichen der Freimaurer versehen seien. Ein alter Hapag-Dampfer trug bisher noch den Namen „Ludendorff“. Stolz forderte nun der „Herr mit der blauen Brille“, daß sein Name gestrichen werde. Die Hapag scheint dieser Forderung nicht ungerne nachzukommen zu sein, denn tatsächlich ist der Dampfer jetzt in „Mecklenburg“ umgetauft worden. Nach einer Zuschrift, die wir unter Vorbehalt nachstehend auszugeweiht wiedergeben, scheint es, daß der Dampfer auch nach Wenderung des bedenklichen Namens noch ein höchst bedenkliches Schiff geblieben ist.

Es heißt: Das Schiff hat einen Konstruktionsfehler, die sogenannten „kritischen Umdrehungen“. Wenn die Maschine 66 1/2 Umdrehungen macht, fang das ganze Fahrzeug an zu schwingen und sich durchzubiegen. Es mußte da sofort langsam gefahren werden, weil man Sorge hat, daß — ähnlich wie bei der „Prinzipepsa Mascha“ — etwas auseinanderbricht. Das Bad war in traurigstem Zustand, im Uddort wurde erst auf dringendes Verlangen die Wassertemperatur nicht mehr abgelesen! In der Kabinete flachte nach blutige Beize an den Wänden und auf dem Boden lag der Urat — das wackelnde verrostete Instrumente und tote Rostlöcher — so die, daß man ihn mit der Schaufel herausheben mußte. Die Bitte, im Kompartiment ein ganzes Waschbecken einzurichten, wurde abgelehnt, ebenso die, daß das zerbrochene Ballgase zu reparieren. So ließ auch bei einem Sturm der Raum einmal voll Wasser. Fast in jedem Hafen, so heißt es, sei das Schiff unangenehm aufgelassen. So belagerte in Shanghai der erste Offizier in sinnloser Weise einen angelegenen Dampfer. In Yokohama wurde der japanische Hafenarzt mit Abtropfwasser und Rot besprüht. Infolge dieser Küperei habe man sich dann, um die drohende Quarantäne zu vermeiden, eine geradezu erniedrigende Behandlung gefallen lassen müssen. In Hongkong zeigte der erste Offizier in betrunkenem Zustande die Mannschaft so, daß die Peilrohrschraubungen herausgerissen und über Bord geworfen wurden. Die Röhre wurden dann durch Holzpfähle ersetzt. Diese fielen später teilweise heraus oder verfaulten, so daß aller Urat vom Deck in die Lante mit Trintwasser fiel! Deshalb gab es dann auch schwere Durchfälle, so daß der Zimmermann beinahe gestorben wäre. Als im Heimathafen der Schiffarzt eine Verschlingung über die Gefäßschichtkrankheit eines Offiziers machte, sei ihm vom Personalchef, einem Herrn von Usler, geantwortet: „So weiß rechts müssen Sie stehen, daß Sie meine Offiziere (nur der Verschlingung!) spüren.“

Wir sind nicht in der Lage, die Bewürde nachzuprüfen, es ist uns aber bekannt, daß die großen europäischen Schiffahrtslinien gerade für ihren Ostasiendienst sehr gerne ihre minderwertigsten Fahrzeuge verwenden. Die Hapag wird Gelegenheit nehmen müssen, den Dingen nachzugehen. Träte die Schifffahrt zu, so wäre selbst der Name „Ludendorff“ für das im Auslandsdienst stehende deutsche Schiff kaum noch angemessen. Der Name „Mecklenburg“, der Name eines Freistaates der deutschen Republik, wäre im Interesse des deutschen Ansehens im Ausland bestimmt unangemessen und unwürdig.

Spießkolonnenvertrag gebilligt.

Der Stadterordnetenrat für den Ankauf und Verkauf von Grundstücken, der am Dienstag zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten war, billigte mit Mehrheit die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über den Vertrag mit der Gesellschaft für Vermögensverwaltung m. b. H. wegen des Geländeaustausches an der Leipziger Straße 54/55 und 56, der durch den Abbruch der Spießkolonnen erforderlich geworden ist. Der Ausschuss erklärte sich insoweit auch mit dem Vergleich einverstanden, nach dem die Gesellschaft zur Abgeltung aller von ihr wegen der Verzögerung des von ihr geplanten Neubaus erhobenen Schadenersatzansprüche einen Betrag von 200 000 Mark erhält.

Probleme der Lebensalter.

Für die Deutsche Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit sprach im überfüllten Bürgeraal des Schöneberger Rathauses Professor C. Jung aus Jülich über die „Probleme der Lebensalter und Generationen“. Nach seinen Ausführungen ist das Kind unproblematisch. Erst der Eintritt in das große Leben brachte die Probleme für den Menschen, meist hervorgerufen von der Sexualität, von Minderwertigkeitskomplexen. Der Widerstand gegen die Erweiterung des Lebens entzweigt dem einen oft die wertvolle Vergangenheit, dem anderen schon von vornherein die Zukunft. Professor Jung verglich das Leben des Menschen mit dem Laugsaft der Sonne. Bis zu ihrem Höhepunkt des Mittag ist sie und breitet sich aus. Am Nachmittag zieht sie während ihres Untergangs ihre Strahlen in sich zurück. Der Mann habe mit 40 Jahren den Lebenshöhepunkt erreicht, die Frau schon etwas früher, zwischen 35 und 40. Von dieser Zeit ab treten bei beiden merkliche Veränderungen ein, nicht nur in Charakter, sondern auch im ganzen Körper. Das sei die Katastrophe für viele — auch für manche Ehe —, daß die meisten unvorbereitet in den Lebensnachmittag eintreten. Jeder alternde Mensch müßte wissen, daß sein Leben nicht mehr ansteigt, daß er die Bilanz habe, sich mehr mit sich selbst zu beschäftigen. Die Menschen, die die vornehmste und schönste Kunst, die Lebenskunst, nicht verstanden haben, die nicht ihren Lebenspotenzial bis oben gefüllt und wieder reiflos geleert haben, die sich nicht völlig verbrannt haben, werden auch später nie die Fähigkeit besitzen, sich im Lebensnachmittag gütlich zu fühlen. Die Rindheit und das Greisenalter, so führte Professor Jung zum Schluß aus, seien für den Menschen problemlose Zustände.

Mana. In der zweiten Hälfte des Jahresprogramms der Werra steht diesmal der Kontrastkontrast von Front, der am schwingenden Trapez die unglücklichsten Trübsal vollführt, im Vordergrund. Auch die drei Vorleser in ihrem Rotorradrennen an der Stellwand sind bewundernswert. Zwei ausgezeichnete Schützenleiter sind auch die Joannas. Dittie Friede Dreilocher, die 4 Medaillen in ihren equitabilistischen Rauschheiten, die Parischen Spiele der 3 Rägels, Peter Viets lustige Wortspiele und die tomischen Freizeitspiele Turc und Dos hielten das Programm auf beachtenswerten Höhe. Nicht zu vergessen die 5 Eifersüßigen in ihrem Lustspiel, der nicht leicht jeinestgleichen findet.

Band ausländischer Schulformen. Am 27. Januar, 19%, Uhr, findet im Reichsanal Kocher 18 (Schüler eine Auswanderung über die wasser allegorische Idee schiedt einem jungen Nationalsozialisten (Geleit Kurzelein) und einem jungen Baden (Dr. Georg Kubacki) statt.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Eisenbahnen für die Reichshauptstadt
Berlin SW 63, Eisenbahnstr. 2.
Preis an das Parteisekretariat
2. Hof, 2. Zimmer rechts, zu richten.

Freidenker in Bernau und Umgegend.

Die am Sonntag, dem 23. Januar, im Lokal Borussia stattfindende außerordentliche Generalkonferenz der Freidenker in Bernau und Umgegend ist von den bekannten Cuervierern und Scholtern einkerufen. Wir bitten unsere Bekannungsgrößen, die Versammlung nicht zu besuchen. Der Bezirksvorstand.

2. Kreis Kierowen, Wohnung, Wilhelmstr. 11, Sonntag, 23. Januar, 19% Uhr, Sitzung der gesamten Bildungsausschüsse bei Gombos, Friedrichstr. 3.
1. Kreis Prenzlauer Berg, alle Genossinnen und Genossen treffen sich am Freitag, dem 24. Januar, um 20 Uhr, zum „Bitteren Abend“ im Sozialistischen Club, Gintzstr. 20. Karten nur bei den Funktionären. An der Kasse 75 Pf.
1. Kreis Prenzlauer Berg, Freitag, 24. Januar, 19 Uhr, Arbeitsgemeinschaft mit den Wohlfahrtsleiterinnen und den Sozialarbeiterinnen bei Kopp, Wilmstr. 17.
12. Kreis Unter den Eichen, Wohnung der Partei-Kassiererin ist jetzt in vollem Gange. Einzelnheiten sind: Sonntag und Donnerstag von 18 bis 19% Uhr in der 4. und 5. Gemeindefabrik, Sonnabend, 16-18. Wir bitten nochmals die Genossinnen und Genossen, ihre Kinder dorthin zu entsenden. Um 10 Uhr beginnt die Arbeit. Auch können jetzt die Arbeiterinnen in der Fabrik von 10-12 Uhr in der Halle der 4. und 5. Gemeindefabrik, Sonnabend, 16-18. Genossen, die an unsere Bewegung Interesse haben, sind herzlich eingeladen. Am Sonntag, dem 23. Januar, um 10 Uhr, findet in den Erdgeschoss der „Prinzipepsa Mascha“ ein „Wanderversammlung“, das I. Programm der Partei-Kassiererin ist für abendliches Programm in Sorge getragen.

69. Wkt. Pannsdorf, 26. Januar, 20 Uhr, im Lokal Gröndel, Sandstr. 13. G.D.D.-Arbeitsgemeinschaft, Informations- und Schreibabend.

Morgen, Freitag, 24. Januar.

78. Wkt. Köpenick, 20 Uhr im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 20, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
51. Wkt. Köpenick, 20 Uhr im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 20, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
66. Wkt. Köpenick, 20 Uhr im Volkshaus, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
124. Wkt. Köpenick, 20 Uhr im Volkshaus, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
125. Wkt. Köpenick, 20 Uhr im Volkshaus, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.

Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Köpenick, Sitzung der Kommission Sachverständigen am Freitag, dem 24. Januar, 19 Uhr, im Arbeiterklub, Köpenickerstr. 7, 2. Hof, 2. Zimmer, alle Helfer werden gebeten, wenn der Möglichkeit nach Kopfschmerzen während zu vermeiden.
16. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
17. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
24. Januar, Samstag, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.

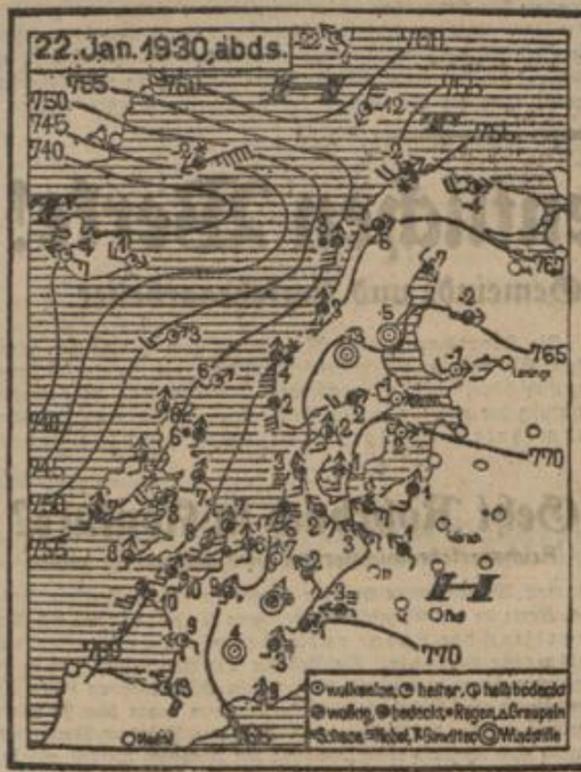
Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Wendehorst, 7. Hof, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.

Jungvolksklassen.

Gruppe Mitte, heute, Donnerstag, 20 Uhr, im Jugendklub Schöneberg, Straße 14-15, Pannsdorf, Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.

Allgemeine Wetterlage.



Das mitteleuropäische Hochdruckgebiet scheint ziemlich beständig zu sein. Es liegt mit seinem Kern zur Zeit über den Karpathen. Infolge des Zusammenrückens der Luftmassen ist im größten Teile des Reiches die Nebeldecke geringer geworden. Befriedigt der Eibe und nördlich des Rheins herrscht schon heiteres Wetter. Im Kladderstiel steigt das Thermometer wieder auf 13 Grad im Schatten bei wolkenlosem Himmel. Die cyclonischen Störungen über Nordwesteuropa haben keine große Energie. Sie werden daher das Hochdruckgebiet nur langsam nach Osten drängen. Es dürfte daher unter Wetter in den nächsten Tagen bestimmen. Die im Westen beginnende Kälteperiode wird sich vermutlich auch auf unser Gebiet ausbreiten.

Wetterausichten für Berlin und weitere Umgegend. Zeitweise neblig bei etwas höheren Lagertemperaturen, südliche Winde.

Allgemeine Wetterausichten für Deutschland. Wetter für die Ober- und in Süddeutschland noch neblig, zum Teil bei wenig gedrückten Temperaturen. Im übrigen Reiches ziemlich heiter, am Tage mild.

Geburtslage, Jubiläen usw.

17. Wkt. Am 21. Januar 1930 sind bei Geburt der „Prinzipepsa Mascha“ 10 Kinder geboren. Die Geburt der „Prinzipepsa Mascha“ ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Die Geburt der „Prinzipepsa Mascha“ ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Die Geburt der „Prinzipepsa Mascha“ ist ein Ereignis, das die Aufmerksamkeit der Bevölkerung auf sich gezogen hat.

Sterbefälle der Groß-Berliner Partei-Organisation

43. Wkt. Infolge Genesens Wilmhelmine Gieseler ist am 18. Januar verstorben. Ihre ruhmreichen Taten sind durch die Presse bekannt.

Sozialistische Arbeiterjugend Gr.-Berlin

Sitzungen für die Jugend-Bezirksvereine am kommenden Sonntag um 10 Uhr, sind noch schuldig.

Wanderversammlung der Partei, Samstag, 23. Januar, 19% Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.

Wanderversammlung der Partei, Samstag, 23. Januar, 19% Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.

Heute, Donnerstag, 23. Januar, 19% Uhr:

- Ordnungsamt, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 19. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 20. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 21. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 22. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 23. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 24. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 25. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 26. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 27. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 28. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 29. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 30. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 31. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 32. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 33. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 34. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 35. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 36. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 37. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 38. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 39. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 40. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 41. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 42. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 43. Wkt. Köpenick, 19 Uhr, im Volkshaus des Bezirks, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

- 1. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 2. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 3. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 4. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 5. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 6. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 7. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 8. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 9. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 10. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 11. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 12. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 13. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 14. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 15. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 16. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 17. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 18. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 19. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 20. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 21. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 22. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 23. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 24. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 25. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 26. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 27. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 28. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 29. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 30. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 31. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 32. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 33. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 34. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 35. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 36. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 37. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 38. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 39. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 40. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 41. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 42. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 43. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 44. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 45. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 46. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 47. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 48. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 49. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 50. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 51. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 52. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 53. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 54. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 55. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 56. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 57. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 58. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 59. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 60. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 61. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 62. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 63. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 64. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 65. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 66. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 67. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 68. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 69. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 70. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 71. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 72. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 73. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 74. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 75. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 76. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 77. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 78. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 79. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 80. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 81. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 82. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 83. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 84. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 85. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 86. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 87. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 88. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 89. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 90. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 91. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 92. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 93. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 94. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 95. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 96. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 97. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick, Hauptstr. 19, Sachverständigen-Versammlung, Jahresbericht, Rechnungs-, Rechnungsabnahme zum Jahresabschluss.
- 98. Kreis Köpenick, Freitag, 24. Januar, 19% Uhr, im Parkhaus Köpenick

Kein Ruhrgas für Hessen!

Die öffentlichen Interessen müssen schwerer wiegen als der Wille der Ruhr.

Am 27. Januar sollen die Gesellschafter der hessischen kommunalen Gas-L.G. (Hefoga) die Entscheidung darüber treffen, ob Hessen mit Ruhrgas beliefert werden soll. Zwei Jahre lang wird bereits darum gekämpft, die Ruhrzechen vom südwestdeutschen Gebiet fernzuhalten. Es ist ein erfreuliches Zeichen der Lebendigkeit der öffentlichen Kritik, daß der Kampf um die Ferngasfrage Höhepunkte erreicht hat, bei denen auch die breitere Öffentlichkeit zu urteilen fähig geworden ist.

Die Gegner eines Vertragsabschlusses

mit den Ruhrzechen haben zweifellos die Heberhand. Aber bei den Ruhrzechen, d. h. der Ruhrgas L.G. in Essen und bei den Vorstandmitgliedern der Hefoga ist die größere Fähigkeit, ist eine erstaunliche Rücksichtslosigkeit in der Auswahl der Mittel, mit der die Pläne der Ruhrzechen gefördert werden. Heute ist aber schon kein Zweifel mehr darüber, daß aus technischen, kaufmännischen und Sicherheitsgründen die Ferngasversorgung für das südwestdeutsche Gebiet abzulehnen ist. Der hessische Staatsrat Karcher, der alle Phasen des Kampfes seit dem Jahre 1926 durchlebt hat, ist in einem Gutachten für die Stadt Darmstadt ausschließlich aus solchen Gründen zu einer strikten Ablehnung der Vertragsangebote gelangt. Oberbürgermeister Dr. Müller warnt die Stadtverordneten dringend vor einer Zustimmung.

Aber auch die Südwestdeutsche Ferngas L.G., in der die großen Verbrauchsgebiete Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Wiesbaden, Ludwigshafen, Hanau, Heidelberg und andere zusammengefaßt sind, kam ebenfalls, und zwar einstimmig zur Zurückweisung und zur Ablehnung der von der Ruhr der Hefoga angebotenen Ferngaslieferung. In den der Hefoga vorliegenden Beträgen verpflichtet sich die Hefoga, auch die Ruhrgebiete, das sind die eben genannten großen Städte, späterhin zu versorgen und an die vorgeschlagene Fernleitung anzuschließen. Daß diese Städte aber abgelehnt haben, mit der Hefoga auf der Grundlage der Ruhrangebote zusammenzuarbeiten, ist das Todesurteil für das Ruhrangebot überhaupt.

Die Gründe für das Nein.

Der Aufsichtsrat der Süwega hat die Gründe noch einmal zusammengefaßt, die gegen den Abschluß der Verträge sprechen.

Die Preise, die für das Ruhrgas gefordert werden, sind durchaus nicht günstiger als sie bei der Eigenherzeugung möglich wären.

Für die Fernleitung würde die Investition von Kapitalien verlangt, denen kein entsprechendes Nutznießen gegenübersteht.

Die Gaspreise seien von jeder Bohn- und Kohlenpreissteigerung abhängig gemacht, was eine entscheidende Verschlechterung des bisherigen Zustandes der Eigenherzeugung bedeute. Die Qualität des Ruhrgases sei minderwertiger als beim Eigengas, die Garantien für die Aufrechterhaltung der Qualität beim Ruhrgasangebot seien unzureichend.

Die Tarifhöhe der Kommunen werde durchbrechen, die Festlegung verschiedener Preise für sogenanntes Kommunal- und für Industriezwecke, die zum Nachteil der hiesigen Verbraucher erfolge, sei kommunalpolitisch und sozialverwerflich.

Das Risiko des Ferngasbezuges werde nicht von den Ruhrzechen, sondern von den hessischen Verbrauchern getragen.

Die Ruhr weigere sich, zu den im Verträge angebotenen Bedingungen zu liefern, wenn sich günstigere Verwertbarkeit infolge von Produktionsänderungen bei den Ruhrzechen ergeben!

Die Unsicherheit der Versorgung werde geradezu gefährlich, weil bei einem Versagen der Fernleitung im Verbrauchergebiete keine eigenen Erzeugungsanlagen mehr bestehen.

Aus diesen Gründen kommt der Aufsichtsrat einstimmig zu der Feststellung, daß die Vertragsentwürfe in keiner Weise als geeignete Grundlage für die Zusammenarbeit zwischen der Hefoga und den großen südwestdeutschen Städten angesehen werden können, unbeschadet der weiterbestehenden ersten Absicht auf kommunalpolitische Grundlage mit der Hefoga zusammenzuarbeiten, wenn der Gedanke der regionalen Gruppenerzeugung durchgeführt werde.

Die Ruhrpläne sind für Südwestdeutschland unmöglich.

Was hier der Aufsichtsrat der Süwega gegen den Vertragsabschluß mit den Ruhrzechen sagt, ist keineswegs die Stellungnahme einer Partei. Das Urteil der Süwega gibt den einstimmigen Auffassungen der Sachverständigen des Gaswesens und den tatsächlichen Interessen der Privaten und der industriellen Verbraucher nur neuen Ausdruck.

Der „Vorwärts“ hat während der nun über drei Jahre dauernden Diskussion immer die volkswirtschaftlichen Überlegungen allen politischen und privatrechtlichen Interessen vorangestellt. Es ist heute noch so wie vor drei Jahren, daß die Pläne der Ruhrzechen nur aus dem Sonderinteresse der rheinisch-westfälischen Montanindustrie heraus zu verstehen sind. Es ist ja ganz selbstverständlich, daß es bei der Fernherzeugung immer einen ganz bestimmten Punkt geben muß, d. h. eine bestimmte Anzahl von Kilometern, bei der die Fernherzeugung immer sein muß als jede regionale Gruppenherzeugung. Diese Grenze ist bei den Ruhrplänen für Südwestdeutschland weit überschritten.

Den Ruhrzechen ist entgegen ihren ständigen Behauptungen gar nichts daran gelegen, eine wirtschaftliche und rationale Gasversorgung durchzuführen. Es hat sich bis heute noch nichts daran geändert, daß das private Zehentkapital der Ruhr sein altes Ideal eines lädenlosen Kohlen-, Gas- und Koksmonopols unter allen Umständen erreichen will. Und das ist auch der einzige Gesichtspunkt, der die Ruhrgas L.G. nach Südwestdeutschland führt. Seit das die Öffentlichkeit erkannt hat, spricht sich die Öffentlichkeit zunehmend gegen den Gedanken der zentralen Fernherzeugung aus, und es sind nur unterirdische Mittel, es ist nur das meistertüchtig gehandhabte Instrument der Demagogie und der persönlichen Beeinflussung — abgesehen natürlich von dem überall sehr großen Einfluß der Schwerindustrie —, die den Plänen der Ruhrzechen — über die Gruppenherzeugung auf Zehentgrundlage hinaus — bisher förderlich gewesen sind. Diesen demagogischen und persönlichen Einflüssen darf sich Hessen nicht auch unterwerfen.

Es schien eine Zeitlang, als ob im Interesse des Saargebietes die Verbindung Südwestdeutschlands mit den Ruhrzechen auch von Preußen gefördert werden könnte. Es kam zu einem Abkommen im Juli 1929, das das Saargebiet in die Ruhrangebote mit hineinbezog. Heute liegen die Dinge aber so, nachdem der Hefoga-Vorstand sich als imperialistischen Vorposten der Ruhrzechen in Südwestdeutschland betrachtet und sogar die Versorgung der Pfalz (S. G. Farben) mit Ruhrgas dem Saargebiet streitig machen will, daß an diesen Verträgen das Saargebiet wahrlich kein Interesse mehr haben kann. Und für das südwestdeutsche Wirtschaftsgebiet liegen die Dinge so, daß es nichts zu verlieren hat, wenn die Gesellschafter der Hefoga die Angebote der Ruhrzechen mit einem klaren Nein beantworten.

Alle Instanzen in Hessen haben sich redliche Mühe gegeben, die Angebote der Ruhrzechen unvoreingenommen, ehrlich und gründlich zu prüfen. Aber die öffentliche Meinung ist heute weit überwiegend gegen die Verträge. Aus volkswirtschaftlichen Gründen sind sie abzulehnen, aus kommunalpolitischen Gründen sind sie unzustandbringbar. Daraus muß am 27. Januar die Konsequenz gezogen werden.

der zweifelhafte Anspruch an die 200 000 M. vom Reich anerkannt werden würde.

Das alles hat mit den persönlichen Fähigkeiten und der Qualität des Ingenieurs Rohrbach nichts zu tun. Es ist offenbar so, daß der Kaufmann Rohrbach schlechter gearbeitet hat als der Ingenieur, und niemand kann dem Reich bzw. dem Reichsverkehrsministerium zumuten, immer nur zur Gewährung von Subventionen in die Tasche zu greifen. Das kann um so weniger geschehen, wenn ein Werk so weit ist, daß es trotz der ganz kurzlichen neuen Subvention von 100 000 M. auch jetzt noch den Arbeitern und Angestellten die Löhne und Gehälter schuldig bleiben muß.

Die Subventionspolitik der Rohrbach-Werke ist angelehnt der Tarifpolitik der Flugzeugindustrie für ihre Verluste immer in die Tasche des Reiches griff und sich auch keineswegs schonte, ihren Direktoren enorme Gehälter zu zahlen, zwar verständlich, aber nicht zu billigen. Da es absolut unmöglich ist, weiterhin die aufgebliche deutsche Flugzeugindustrie auf Kosten der Steuerzahler zu erhalten, muß man dem Reichsverkehrsministerium mit seinen Versuchen, wenigstens einigermassen für Wirtschaftlichkeit zu sorgen, recht geben. Wir zweifeln sehr, daß die Verwaltung der Rohrbach-Werke, wenn sie ein schlecht zu verteidigendes Recht durch starke Worte erlegt, ihre behaupteten Rechtsansprüche besser und ihre Lage günstiger macht.

Ein Einheitsroggenbrot?

Die Roggenpreise sind immer noch im Sinken und haben einen wirklich für den Landwirt ruhmreichen Stand erreicht. Die deutsch-polnischen Roggenverhandlungen, durch die man das Angebot regeln zu können, haben infolge der plötzlichen neuen russischen Roggenverkäufe bisher noch kein Ergebnis gehabt. Es wurde mir gemeldet, daß das Reichsernährungsministerium beabsichtigt, Vorschriften zur Schaffung eines einheitlichen, mehr Roggen verwendenden Roggenbrotes zu erlassen. Dazu wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß ein Gegenstand in dieser Richtung noch nicht vorliegt, daß man aber seit längerer Zeit Ermüdungen anstelle, wie man dem niedrigen Stand der Roggenpreise begreifen könne.

Man wird die neuen Begehren des Reichsernährungsministeriums abwarten müssen. Daß die Roggenpreise so ungünstig sind, liegt nicht zum wenigsten daran, daß sich die Ernährungswirtschaft der Völker immer stärker vom Roggen abgewandt hat und daß in Deutschland in der Tat zum Teil Roggen erzeugt wird, der wiederum aus anderen Gründen im letzten Jahre nicht verfrachtet wurde. Gegen eine Verbesserung des heutigen meist schlechten und zugleich teuren Roggenbrotes wird kein Mensch etwas einzuwenden haben. Diese Verbesserung darf aber das einzige Ziel sein, das das Reichsernährungsministerium setzen darf. Es müssen dann auch die Bäder gezwungen werden, ein anständiges Roggenbrot zu backen. Künstliche Maßnahmen, eine Umstellung in der Ernährungsweise hervorzurufen, die durch das heutige intensive Arbeitstempo sich vom Brot stärker entfernt hat, werden von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Die Reichsbahn zum Jahresende.

Rückgängiger Verkehr.

Wie die Reichsbahn-Verwaltung mitteilt, ging der Güterverkehr im Dezember erheblich um 16 Proz. gegenüber dem Vormonat zurück. Die Waggoggenstellung lag aber mit 142 600 Waggoggen noch über dem Stande vom Dezember 1928. Auch der Personverkehr blieb im Berichtsmonat schwach, da infolge der schweren Arbeitslosigkeit besonders der Berufsverkehr litt. Auch im Fernverkehr blieben die Ergebnisse unbefriedigend.

Die Gesamteinnahmen der Reichsbahn im November stellten sich auf 430,1 Millionen Mark, sind also um 51 Millionen Mark geringer als im Oktober. In den abgelaufenen elf Monaten des Geschäftsjahres beträgt die Mindereinnahme im Güterverkehr gegenüber dem Voranschlag etwa 50 Millionen, entspricht also dem Verkehrsausfall im November. Die Ausgaben der Betriebsrechnung waren im November um 15 Millionen geringer als im Vormonat. Insgesamt stellten sich die Betriebsausgaben einschließlich der Ausgaben für Erneuerung und die festen Kosten auf 444,7 Millionen Mark. Zur Deckung der laufenden Ausgaben, für welche die Einnahmen nicht ausreichten, wurden 14,7 Millionen der sogenannten Ausgleichsrichtlinie entnommen.

Was geht bei der RAG vor?

Gerüchte über Auflösung des Oberschönweider Betriebes.

Seit der Bekanntgabe der schweren Verluste aus dem Betriebsjahr 1928 im Mai vergangenen Jahres war es um die RAG in Oberschönweide sehr still geworden. Monat um Monat verging, ohne daß über die dringend notwendige Reorganisation der heruntergewirtschafteten Gesellschaft auch nur das geringste verlautete.

Jetzt wird bekannt, daß die Großaktionäre der RAG-Konzern, also in erster Linie die AEG, eine vollständige Umstellung der Gesellschaft beschlossen haben. Geld scheint zu diesem Zweck von der AEG bzw. von den hinter ihr stehenden Banken aus neu zur Verfügung gestellt zu sein. Die Leitung wird von Herr Eiser, einem Mitglied des fünfköpfigen Generaldirektoriums der RAG, übernommen werden.

Ueber die Art der Umstellung ist noch nichts Näheres bekannt. Soviel aber ist sicher, daß eine Verlegung des gesamten Betriebes von Oberschönweide nach Chemnitz in der letzten Aufsichtsratsitzung in den Bereich der Möglichkeit gezogen wurde. Eine solche Maßnahme wäre für den schon schwer belasteten Berliner Arbeitsmarkt ein schwerer Schlag. Die RAG-Belegschaft, die schon seit Monaten unter dem Druck der Existenzunsicherheit steht, hat ein Anrecht darauf, endlich Tariffragen über die Beschlüsse des Aufsichtsrates zu erfahren, damit sie weiß, woran sie ist.

Abbau der Zementpreise.

Eine reichlich späte Maßnahme.

Das überaus schlechte Ergebnis des letzten Baujahres hat in die viel zu hohen Syndikatspreise der deutschen Zementindustrie endlich die erste Breche geschlagen. Seit Jahr und Tag hatten wir die Preispolitik der Zementindustrie, die ohne jede Rücksicht auf die Bauwirtschaft dem deutschen Markt unter dem Schutz hoher Zölle ihre Preise diktiert, scharf kritisiert, denn Unsummen standen zwar zur Wiederherstellung der Aufseher zur Verfügung, für eine Senkung der Preise reichte aber „die ärgerlich kalkulierte“ Gewinnspanne nicht aus.

Wenn jetzt der Norddeutsche Zementverband einen Preisabbau von 10 bis 20 M. je 10 Tonnen, also eine Ermäßigung um 3 bis 6 Prozent beschlossen hat, so ist diese Maßnahme für die Bauindustrie entschieden erfreulich. Allerdings müßten der Westdeutsche und Süddeutsche Zementverband sich diesem Vorhaben anschließen.

Berteidigt die öffentlichen Werke!

Rundgebung der 700 000 Staats-, Gemeinde und Verkehrsarbeiter.

Der Vorstand des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs hat angesichts des privatrechtlichen Kampfes gegen die öffentliche Wirtschaft und der daraus folgenden schweren Störungen auf dem Arbeitsmarkt eine öffentliche Rundgebung beschlossen, der wir folgendes entnehmen:

Die bedrohlich sich verstärkende Arbeitslosigkeit ist wesentlich mitverschuldet durch die schwere Finanzkrise, in die die öffentliche Wirtschaft von privatrechtlichen Mächten hineingeworfen worden ist, obwohl allein die kommunalen Körperschaften jährlich Aufträge im Betrage von 5 Milliarden Mark an die Privatwirtschaft vergeben. Das gesamtgesellschaftliche Interesse an der Erhaltung des Arbeitsmarktes vertritt heute keine Einschränkung, erfordert vielmehr eine Verstärkung der ohnehin gedrohten öffentlichen Aufträge. Die Parole der Entkommunalisierung sei von der Privatindustrie ausgegeben worden, und die Gefahr eines Ausverkaufs der deutschen öffentlichen Wirtschaft an private in- und ausländische Kapitalgruppen sei in unmittelbarer Nähe gerückt, wobei die werbenden Betriebe der Kommunen mit ihren günstigen Entwicklungs- und Gewinnaussichten das Hauptangriffsobjekt der Kampagne seien. Obwohl die natürliche Ausdehnung und Verbesserung der öffentlichen Wirtschaft ganz selbstverständlich viel neues Kapital erfordert, seien die öffentlichen Unternehmungen systematisch von der Kapitalbeschaffung abgeschnitten und mit den öffentlichen Körperschaften auf den Weg der kurzfristigen Verschuldung gedrängt worden. In dieser Zwangslage müssen die hohen schwebenden Schulden konsolidiert werden. Der Wirtschaft als Ganzes drohen aber von der damit erzwungenen Einschränkung der öffentlichen Arbeiten beim Wohnungsbau, sowie der Energie- und Verkehrswirtschaft die allergrößten Gefahren. Da die Wirtschaft ihre stärksten Antriebe von den Aufträgen der öffentlichen Hand erfährt, könne nur eine bessere Kapitalausrüstung der öffentlichen Werke einen neuen Auftrieb der Wirtschaft sichern und die zehrende Not der Arbeitslosen in wirkende Kraft verwandeln.

Die Städte haben bewiesen, daß sie den Willen haben, durch Selbstkontrolle sich selbst Einschränkung aufzuerlegen. Neben einem gerechten Finanzgleichgewicht für die Kommunen und der Befriedigung des legitimen Kapitalbedarfs der öffentlichen Werke müssen aber auch Schritte ergriffen werden, um den sich mehrenden, durch nichts berechnigten Kreditkündigungen privater Banken entgegenzutreten, die die Gemeinden und öffentlichen Werke noch stärker unter Druck zu setzen suchen. Dazu gehören auch eine engere Zusammenarbeit und Verpflegung der öffentlichen Betriebe.

Die Durchführung dieser Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Wirtschaft sei aus volkswirtschaftlichen und sozialen Gründen unaufschiebbar, um der wachsenden Arbeitslosigkeit zu begegnen. Stärkung der öffentlichen Wirtschaft bedeute für die Privatwirtschaft vermehrte Aufträge, für die Arbeiterschaft neue Arbeit.

Geht Rohrbach in Konkurs?

Reichsverkehrsministerium wird nicht weiter zahlen.

Seit Wochen, vielleicht schon länger haben die Berliner Rohrbach-Werke in der Kaufhausstraße ihren Arbeitern und Angestellten die Löhne entweder nicht mehr oder nur teilweise bezahlt. Die Arbeiter und Angestellten sind in beständiger Sorge darum, wie sie zu ihrem Gede kommen sollen. Die Verwaltung der Rohrbach-Werke erhebt nun gegen das Reichsverkehrsministerium die Anklage, daß dieses die Rohrbach-Werke systematisch zum Konkurs treibe, weil die den Rohrbach-Werken aus dem letzten Sanierungskredit des Reiches für die Flugzeugindustrie „zustehenden“ 300 000 M. nicht voll, sondern nur zu einem Drittel ausgezahlt worden seien.

Dazu erklärt das Reichsverkehrsministerium, daß bei der heutigen Lage der Reichsfinanzen nicht daran zu denken sei, in eine abermalige Sanierung der Firma Rohrbach einzutreten. Es würden auch die 200 000 M. vom Reich an die Firma nicht mehr gezahlt. Dieser Betrag sei nicht rechtsverbindlich versprochen. Die 9 Millionen Mark „Abhängungskredit“, die letztmalige Reichsbankhilfe für die deutsche Flugzeugindustrie waren zwar in Aussicht gestellt, aber nicht rechtsverbindlich zugesagt. Vom Reichstag sei ausdrücklich gewünscht worden, daß Rohrbach die auf ihn entfallenden 300 000 M. nicht ausgezahlt werden. Als kurz vor Weihnachten das Amerikageschäft der Firma Rohrbach aus Aussicht zu bieten schien, seien an die Firma zur Durchführung dieses Geschäftes 100 000 M. gezahlt worden.

Soweit das Reichsverkehrsministerium. Man muß das Borgehen des Reichsverkehrsministers verständlich finden, wenn man weiß, daß einmal die deutsche Flugzeugindustrie bisher überhaupt nur von den Subventionen des Reiches am Leben gehalten worden ist, daß Johann die Rohrbach-Werke im Verhältnis stärker als andere Firmen von Reichsmitteln gelöst haben und daß endlich, wie die Verwaltung der Rohrbach-Werke selbst zugibt, das Reich Kredite von mehr als 600 000 M. bereits gewährt hat, die die Rohrbach-Werke ganz offenbar auch dann niemals zurückzahlen könnten, wenn

